

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Schalter-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Bernruß:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonnab.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 10 Pf. monatlich. Nr. 2. — vierzehntäglich durch den Verlag
Bengelius & Co., ohne Bringerlohn. Nr. 3. — vierzehntäglich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich
Befriedigt. — Bezugs-Poststellen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wies-
baden 29, sowie die Wagsabstellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Aus-
gebäude und in den benachbarten Landstädten und im Rheingau die befreundeten Tagblatt-Träger.

Wagab.-Kunstblatt: für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr.

Vorlag: für die Morgen-Ausg. bis 2 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümehlstr. 66, Bernruß: Amt Uhlau 450 u. 451.

Anzeigen-Preis für die Seiten: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“
in einheitlicher Säule; 20 Pf. für davon abweichende Anzeigen, sowie für alle übrigen in allen
Ausgaben; 30 Pf. für alle entzerrten Anzeigen; 1 St. für lokale Anzeigen; 2 St. für ausländige
Anzeigen. Ganz, halbe, drittel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Verordnung.
Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in den Wochensäulen entsprechender Rabatt.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen
Tagen und Stellen wird keine Gewalt übernommen.

Dienstag, 17. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 79. • 62. Jahrgang.

Die Wehrsteuerergebnisse.

Die Stichproben, die bisher mit den Ergebnissen der Wehrsteuer gemacht werden konnten, lassen immer größere Überraschungen erwarten. Man wird allerdings noch wie vor zu rückschauend gegenüber den einzelnen Nachrichten aus verschiedenen Städten und Kreisen sein müssen, denn so gut wie nichts davon ist bisher beglaubigt. Aber einige Angaben lassen sich denn doch auf amtliche Ermittlungen, und an die kann man sich halten. So hat der Landrat von Eisenhagen in der Provinz Hannover, wie gemeldet, bekanntgegeben, daß in seinem Kreise drei Millionen Mark mehr als bei der letzten Einschätzung an Steuer gesammelt sind. Dieser Landrat hat augenscheinlich den Verdacht, daß noch lange nicht alles steuerbare Vermögen angegeben worden ist; er macht deshalb die Steuerpflichtigen darauf aufmerksam, daß sie immer noch Zeit haben, straflose Verichtigungen vorzunehmen. Sollten sie die Frist ungern vorübergehen lassen, so würde die Strenge des Gesetzes walten müssen, d. h. es stände Strafverfolgung bevor, unter Umständen also eine Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten. Der Kreis Eisenhagen ist ein ausschließlich ländlicher Kreis; er enthält abgesehen von Eisenhagen selbst, überhaupt keine Städte; er gehört in seinem nördlichen Teile zur Lüneburger Heide; er kann jedenfalls nicht zu den bevorzugten Gegenden unseres Vaterlandes gerechnet werden. Wenn in einem solchen Gebiet drei Millionen Mark mehr an Vermögen durch die strengere Einschätzung ermittelt worden sind, so bedeutet das viel. Es ist der erste ländliche Bezirk, aus dem wir jetzt parallele Nachrichten zu den bisher nur aus den Städten gelöschten über wesentliche Änderungen der seither bekannt gewesenen Vermögens- und Einkommensteuerverhältnisse erlangt haben. Die zweite amtlich beglaubigte Mitteilung über die Ergebnisse der Einschätzung zum Wehrbeitrag ist die des klassischen Unterstaatssekretärs Höhler, der im Landesausschuß erzählte, daß ein Steuerpflichtiger statt des bis dahin angegebenen Einkommens von 4000 M. nunmehr ein solches von 32 000 Mark zugestanden habe. Selbstverständlich wird man aus den beiden Vorgängen, aus dem im Kreise Eisenhagen und aus dem im Elsaß, an sich noch keine verallgemeinernden Schlüsse ziehen können, aber die Glaubwürdigkeit der anderen Angaben privater Natur, die aus Halle, Frankfurt a. M., Berlin, Remscheid usw. gelöschten sind, gewinnt durch die amtlich gestützten Darstellungen doch sehr erheblich. Wenn eine Schätzung dahingehend, daß vielleicht statt einer Milliarde deren zwei als Schlussfolgerung des Wehrbeitrags zu erwarten seien, so schwebt diese Behauptung zwar völlig in der Luft, aber sie zeigt jedenfalls, welche hohen Erwartungen gehegt werden, und sie zeigt zugeleich, daß diese Erwartungen nicht ohne Unterlagen sind. Das Reich hätte ja nichts davon, wenn mehr

als eine Milliarde herauskäme, denn was darüber ist, das muß zurückgezahlt werden oder wird gar nicht erst erhoben. Aber die Einzelstaaten mit Selbststeuerung und die Gemeinden werden viel von dem in solchem Umfang doch nicht vorauszusehenden Segen des „Generalvordons“ haben. Nun ist es einigermaßen auffällig, daß die Konservativen Blätter, die anfangs ein paar schüchterne Bemerkungen über die in den Städten plötzlich erschlossenen verstaatlichten Steuerquellen machten, neuerdings ganz still geworden sind. Die Auspielung der Verhältnisse auf dem platten Lande gegen die in den Städten scheint denn doch nicht so leicht gelingen zu wollen. Auf der anderen Seite hat man es im liberalen Lager bisher durchaus und mit Recht verzichtigt, aus Anlaß der Einschätzungen zum Wehrbeitrag Vorwürfe gegen ganze Gruppen von Steuerpflichtigen nach ihrer Berufstellung zu erheben. Es muß eben mit aller Ruhe abgewartet werden, was am Ende herauskommt, und dann wird sich auch grundsätzlich über die Verteilung der Steuerlast auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung reden lassen. Gegenüber einer Darstellung, nach der sich jetzt die Sünden der Städter in ihrer Blöße zeigen, während früher doch der Vorwurf der Steuerhöheren gegen die ländliche Bevölkerung vorzugsweise erhoben wurde, soll jedoch eine Bemerkung nicht zurückgehalten werden. Was in den Städten gesündigt worden ist, das entzog sich zuweilen den scharfen Augen der Steuerbehörden. Nicht an ihnen lag es und konnte es liegen, wenn zahlreiche Mitbürger gewissenlosweise geringere als die erforderlichen Angaben über Vermögen und Einkommen machten. Was dagegen das platte Land betrifft, so ist es eine altbekannte Klage, daß das enge Aneinanderdrücken der Steuerbehörden und der Bevölkerung die Ermittlung der Wahrheit so oft erschwert. Die Behörden sind nicht zu tadeln, sie haben zweifellos den besten Willen, aber sie sind vielfach in einer schwierigen Lage, und man weiß, daß schon Herr v. Bavinck mit dem Plane umging, besondere Einschärfungscommissionen einzurichten, damit der Landrat von der leidigen Last der letzten Prüfung und Entscheidung befreit werde. Dieser Plan ist nicht aufgegeben worden, aber seine Verwirklichung steht noch aus.

Eine interessante Erinnerung zum Thema „Selbst-einschätzung“ wird uns übrigens aus unserem Leserkreise mitgeteilt: Als Bismarck die Selbststeuerung haben wollte in Preußen, sprach er mit Barnbüler eingehend darüber, weil ja Württemberg schon lange die Selbststeuerung hatte. Dabei meinte Bismarck: „Betrogen wird ja dennoch.“ Worauf Barnbüler: „Wir rechnen, daß bei uns immerhin noch $\frac{1}{3}$ = ein Drittel hinterzogen wird.“ Diese Ansicht Barnbülers findet jetzt bei uns unter der Wirkung des Generalvordons tatsächlich eine gewisse Bestätigung.

Die Möglichkeit einer Durchquerung des Südpolarkontinents.

Bon H. Singer.

Daß Sir Ernest Shackleton, der Amundsen und Scott den Weg zum Südpol gewandt hatte, für seine geplante neue antarktische Expedition etwas „Großes“ vorhabe, wußte man schon seit langem; ja, man meinte sogar, er plane noch viel Größeres, als er je zu unternehmen beabsichtigte. Hatte er doch vor Jahresfrist angekündigt, er wolle von Süderjylland aus eine Schlittentour quer durch den Südpolarkontinent nach dem Rossmeer ausführen. Eine Durchquerung bereitet der englische Reisende ja nun in der Tat vor, aber sie soll auf einer Route vor sich geben, die bei weitem nicht so lang sein wird, als der Weg vom Süderjylland aus. Von da nämlich bis zu der Stelle, wo Amundsen die Vereinigung von Baffin mit Grönland vermutet (86 Grad S. Br.), sind es rund 28 000 Kilometer; von dem jetzt von Shackleton gewählten Ausgangspunkt im Süden des Weddellmeeres aber, dem Südpollande, sind nur etwa 1800 Kilometer zurückzulegen. Das ist ein gewaltiger Wegunterschied, und die Entfernung spielt bei Landreisen in der Antarktis keine geringere, vielleicht eher eine größere Rolle, als die Gangbarkeit des Geländes oder das Wetter. Immerhin ist Shackletons Plan auch in dieser Beziehung noch bewundernswürdig, und es liegt eine Bräderung der Frage nahe, ob auf einen Erfolg zu rechnen ist.

Man weiß wenig darüber, wie das Innere des Gebiets Antarktis aussieht. Ganz ist der Südpol zweimal erreicht worden, doch beidermal von ein und derselben Seite, vom Rossmeer aus. Man sieht da von der ebenen, schwimmenden Rossischen Eisplatte über lange, schwierige Gleischer zum Randgebirge des Baffinlandes empor und kommt dann bald auf schwach welliges Inlandeis, auf dem der Pol in ungefähr 900 Meter Meereshöhe liegt. So haben es Amundsen und Scott, vor ihnen auch schon Shackleton selber angetroffen.

Wie weit aber außer anderen Stellen dieses bei Windstille gutgangbare Inlandeis gegen die Peripherie des Südpolarkontinents reichen und das Wandern mit Schlitten und Schneeschuhen beginnen mag, das weiß man nicht. Es ist also auch ganz ungewiß, wie die südlich des Weddellmeeres liegenden vereisten Landstriche aussehen. Will man über sie trotz dieser Unkenntnis dennoch eine Beurteilung wagen, so kann sie nur dahin lauten, daß hier sowohl eine schwimmende Eisplatte von der Ausdehnung des Rossischen, wie auch weite Strecken Inlandeis fehlen dürften. Es scheint vielmehr, daß der Marsch in der Hauptache durch Gebirge führen wird, von denen Amundsen einen Teil gesehen und Maudlette genannt hatte. In solchen antarktischen Gebirgen aber ist das Reisen und Vorwärtskommen schwer, also mindestens zeit- und kraftaufwendig, wie die Erfahrungen der letzten englischen Expeditionen im Baffinlande zeigen.

Sowohl über das Gelände, mit dem Shackleton zu rechnen hat, nun zur Frage der Sicherung der Teilnehmer an der Durchquerung in Bezug auf Lebensmittel, Kleider, Petroleum, hierüber liegen reichliche Erfahrungen vor. Die Bevölkung des Südpols geschah in der Weise, daß man von einer für Schiffe allgemein erreichbaren festen Station mit Hilfe von Hund- oder Pferdeschlitten gegen den Südpol vorging, worauf man auf demselben Wege nach der Station zurückkehrte. Diese Polartreise fand im südpolaren Sommer statt, d. h. in der Zeit zwischen Oktober und März, nachdem man auf der Station den Winter zugebracht hatte und die letzten Wochen des ihm voraufgegangenen Sommers, nach Ankunft auf dem Polargebiet, dazu benutzt hatte, den in Aussicht genommenen Weg polariwärts möglichst weit gegen Süden mit Provisionslager zu beziehen. Dadurch wurde erreicht, daß die Polstürmer selbst nicht alles, was sie bedurften, bis zum Ziel mitzuschleppen brauchten; sie hatten ferner auf der Rückreise in diesen Vorratslagerverlagen Stützpunkte. Das freilich auch diese Stützpunkte nicht immer den Rückzug sichern können, beweist der traurige Ausgang der letzten Scottischen Expedition.

Auch Shackleton hat auf seiner Reise von 1908 bis 1909

Politische Übersicht. Handelsziffern.

Das Jahr 1913 war eines der wirtschaftlichen Siedungen, aber die großartige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens hat trotz gelegentlicher Verlangsamung weitere Fortschritte gemacht. Unsere Ausfuhr wuchs im Jahre 1913 um einen Wert von mehr als einer Milliarde im Vergleich zur Ausfuhr im Jahre 1912; sie belief sich auf 10 000 Millionen gegen 8950 Millionen im vorangegangenen Jahre. Die Einfuhr allerdings hielt sich ungefähr auf derselben Linie; der Unterschied zwischen den Ziffern der beiden Jahre beträgt nur gerade vier winzige Millionen (10 691 gegen 10 695 Millionen). Was das Jahr 1913 vor den früheren Jahren auszeichnet, ist, daß Deutschland jetzt zum erstenmal die Grenze von zwanzig Milliarden Mark im Gesamt ausfuhr überschritten. In den 11 Jahren seit 1902 stieg die Einfuhr um 90, die Ausfuhr um 115 Prozent. Es kann uns nur willkommen sein, wenn im Jahre 1913 auch die englische Wirtschaftsreform erreicht hat. England ist unser bester und stärkster Abnehmer, wie ja auch wir für das Inselreich in der ersten Reihe der Abnehmer stehen. Ein- und Ausfuhr Großbritanniens betragen im vorigen Jahre 28 080 Millionen Mark, also immer noch 8000 Millionen Mark mehr als bei uns, aber der Unterschied zwischen den Zahlen hängt und hängt zu unseren Gunsten proportional stark ab. Das Land mit der nächstgrößten Einfuhr und Ausfuhr sind die Vereinigten Staaten. Der Gesamtbetrag ist dort etwas über 18 Milliarden Mark, bleibt also hinter Deutschland noch um gerade 2 Milliarden zurück. Unsere hohen Handelsziffern machen es eindringlich deutlich, was bei der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge für uns auf dem Spiele steht. Man bereitet sehr gut, weshalb die Regierung die Verträge nicht für ungültig will, man würde es aber beim Siegeszug unserer Wirtschaft verstehen, wenn die anderen Vertragsstaaten dieselbe Zurückhaltung für einen Fehler hätten. Mehr als einer unserer Nachbarn wird gewiß versuchen, sich durch eine Kündigung besondere Bedingungen zu verschaffen. Zu diesen Staaten wird es sicherlich Österreich-Ungarn gehören.

Über die nächsten Reformen auf dem Gebiete des Strafprozesses und der Gerichtsverfassung äußert sich Abg. Müller-Meiningen in der neuen Rümer der „Deutschen Juristen-Zeitung“, in der gleichzeitig im Anschluß daran auch von den konservativen Graf Westarp, von den Nationalliberalen Schiffer, vom Zentrum Wellstein und von den Sozialdemokraten Haase zu Worte kommen. Er hält es für unmöglich, mit den notwendigsten Reformen bis zur allgemeinen Reform der Gerichtsgeweise zu warten, die etwa im Jahre 1925 fertig werden dürfte. Er schlägt daher den Weg spezieller Regelungen vor, bei denen die Verkopplung der einzelnen Materien möglichst zu vermeiden sei. Zunächst verlangt er die Änderung des jetzigen konfessionellen Eidesformel für solche, die den Eid mit ihrer religiösen Überzeugung nicht vereinbaren können, die Frage der Befreiung des Zeugniswanges gegen

gegen den Südpol so operiert. Für die neue Reise über glaubt er, seinen eigenen und den Mitteilungen seines wissenschaftlichen Stabschefs Professor David zufolge, auf diese Marst Sicherung durch Depots verzichten zu können. Man sieht nämlich, Shackleton werde, nachdem er im November 1914 das Utopoldland betreten habe, sofort mit der Schlittenreise in der Richtung auf das Rossmeer beginnen, derart, daß er schon im April 1915 dort herauskommen und von dem dortigen geschützten Nebenschiff aufgenommen werden könne. Nur von diesem Nebenschiff sollten auf der Rossischen Eisplatte Depots nach Süden für den ankommenden Shackleton vorgehoben werden. Nehmen wir nun an, daß das südwärts bis zum 88. Breitengrad geschehen kann, so wäre Shackleton während des größten Teiles seines Weges, auf 1500 bis 1800 Kilometer, außerstande, die Vorräte für Menschen und Hunde zu ergänzen, und das würde aller Wahrscheinlichkeit nach seinen Untergang bedeuten, zumal ihm dort alles unbekannt ist.

Solche Tollkühnheit aber ist Shackleton im Ernst doch wohl nicht zuzutrauen, und so wird der Plan schließlich eine etwas andere Gestalt annehmen. Nachdem Shackleton die Landung auf Utopoldland gelungen sein wird, dürfte er den Rest des Südmidders 1914/15 dazu benutzen, seinen späteren Durchquerungsweg bis in die Nähe des Südpols mit Vorratsdepots zu beschaffen. Von der anderen Seite, von der Rossischen Eisbarriere her, wird das Nebenschiff gleichzeitig dasselbe tun, und zwar von Framheim aus, dem Winterquartier Amundsen von 1911. Dann würde Shackleton den Winter 1915 auf dem Utopoldland oder der Kilchner-Barriere verbringen und die Durchquerung erst im Südmimmer 1915/16 auszuführen versuchen. Sie könnte im Oktober 1915 beginnen und im März 1916 beendet sein, wenn alles glatt geht. Am Falle des Mißlings wären die Depots auf der Weddellseite die Aufgabe, den Rückzug zu sichern.

Und mit diesem Mißlingen des Durchquerungsversuches ist trotz aller Tatkräft und Erfahrung Shackletons zu rechnen, auch wenn sein Plan die angegebene veränderte Gestalt gewinnt. Zunächst ist es gar nicht sicher, daß Shackleton an der

Redakteure, die gerichtsverfassungstechnische Frage der Zuließung der Lehre zum Schöffen- und Geschworenenamt, endlich die notwendige Regelung der Berufung gegen Urteile der Strafkammer an. Alle andern Fragen seien weniger dringlich. Hinsichtlich der einzelnen Punkte führt Dr. Müller aus, der Zwang zur Anrufung Gottes passe nicht mehr in unsere Zeit; alle Parteien, denen die Erhaltung des religiösen wie jedes Wahrheitssinnes am Herzen liege, müßten durch schnelle Änderung des Gesetzes dem Zukünftigen der geistlichen Anleitung zur unwürdigsten reservatorischen mentalis vor Gericht vorzuhören abhelfen. Über die Bedenken gegen den Beugniszwang der Redakteure seien sich die Kenner des modernen Freiheitswesens einig. Die Reichsregierung sei selbst der Ansicht und habe ihr in einer Röbelle Ausdruck verliehen, daß der bisherige Zustand unhaltbar sei; einer Einigung zwischen Regierung und Parlament dürften hier keine zu großen Hindernisse im Wege stehen. Die Zuließung der Lehre zum Schöffen- und Geschworenenamt entspreche der Forderung der Mehrheit des Reichstags. Sie sei eine Konsequenz der beschlossenen Zuließung der Lehre als Augenschöffen. Die wichtigste Frage sei und bleibe die der Einführung der Berufung gegen die Strafkammerurteile erster Instanz; es müsse aber eine wirkliche Berufung ohne Verschlechterung der ersten Instanz eingeführt werden. Im einzelnen möge diese Frage manche Schwierigkeiten finden, bei der Überzeugung in allen politischen Lagern, daß die Berufung gegen Strafkammerurteile absolut nötig sei, müßten diese Schwierigkeiten aber zu überwinden sein.

Deutsches Reich.

Der Anteil der süddeutschen Staaten an den Marinieleverungen ist in den letzten Jahren häufig Gegenstand von Besprechungen und Wünschen in den gesetzgebenden Körperschaften gewesen. Schlußfolgerungen haben nun, wie die „Marine-Kundschau“ mitteilt, eine seitige Zunahme der Beteiligung süddeutscher Firmen auf einer ganzen Reihe von Gebieten der Marinieleverung ergeben. Selbstverständlich können immer nur gewisse Industriezweige überhaupt in Frage kommen, wie Bekleidungswaren, Konserveleverungen und ähnliche. Da die Versorgung in der Flotte in der Hauptsache mit frischem Proviant geschieht, so kann man frisches Fleisch, Brot, Butter, Gemüse und Kartoffeln nicht erst aus den weit entlegenen süddeutschen Reichsteilen herbeischaffen, ohne sie dem Verderben auszusetzen. Auch gibt es in Süddeutschland weder Reihen, die für Schiffsmaschinen geeignet sind, noch Mariniezulieferfabriken. Dagegen beteiligen sich bereits 40 süddeutsche Firmen an ständigen Lieferungen für den Schiffsbau, ferner ist die Hälfte aller für die Marine nötigen Fleischkonsernen in Süddeutschland bestellt worden. Die bayerische Beteiligung an Marinieleverungen beträgt bereits 15 v. H. gegen früher 9 v. H. Einen gleichen Zuwachs weisen die anderen süddeutschen Staaten auf.

• Zur Landtagswahl in Steinburg. Die Nationalliberalen haben für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein 10 (Steinburg) den früheren Hofbeamten Tietje (Kellinghusen) als Kandidaten aufgestellt, der auch von der fortschrittlichen Volkspartei unterstützt wird. Für die Rechte kandidiert der Kreisfunktionär Rentner Jakob Weitforth (Wistert). Der Wahlkreis war bisher durch den ins Herrenhaus berufenen Abgeordneten Dr. Engelhardt (freikons.) vertreten.

• Ein unverdächtiger Zeuge für die Güte unserer Flugzeuge. Das „Journal de Genève“, das sich nicht durch allzu große Deutschfeindseligkeit auszeichnet, pflegt, schreibt in einem längeren Aufsatz über das Schweizer Flugwesen: „Die Schweiz braucht Militärflugapparate, und die deutschen Flugapparate sind am geeigneten.“

• Der Verband deutscher Handelsgärtner tagte am Samstag im Lehrervereinshaus in Berlin. Unter den Delegierten der verschiedenen Körperschaften, die den Verband ihrer Unterstützung verliehen, befand sich auch neben den Vertretern des Bundes der Landwirte und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft des Generalsekretär des Hansabundes Dr. Kleefeld. Dieser bekannte offen und ehrlich, daß der Hansabund einer agrarischen Hochschulpolitik nicht unbedingt folgen könne, verfügte aber, daß er die Wünsche der Handelsgärtner der Zeitung des Hansabundes übermitteln werde, und konnte versprechen, daß der Hansabund in jeder nur möglichen Weise die Wünsche der Handelsgärtner mit berücksichtigen und vertreten

Südküste des Weddellmeeres überhaupt landen kann. Der britischen Unternehmung ist das nicht gelungen und der schottischen Expedition unter Bruce auch nicht. Jedenfalls ist die Küste nicht so leicht erreichbar, wie das Villoria Land am Roßmeer. Sollte aber Shaderton darin glücklicher sein, als seine beiden Vorgänger, so müßte man wieder bezweifeln, daß der kurze Stein des Sommers 1914/15 genügt, die Depots weit genug landeinwärts vorzutreten. Dieses Land ist doch ganz unbekannt; man wird noch der geeigneten Route erst suchen müssen, und dazu wird Zeit gebraucht. Als es galt, vom Roßmeer aus den Südpol zu erobern, mußte man auch zunächst suchen, d. h. Erfahrungen sammeln, und erst auf der Vorarbeit und auf den Erfahrungen Scotts und Shadton's beruhte der endliche Erfolg. Auf Anhieb also pflegt eine so ins Ungewisse gerichtete Aufgabe, wie sie sich Shadton gestellt hat, nicht lösbar zu sein.

Erfügt man alles, so ergibt sich folgendes: Daß eine Durchquerung des Antarktis ausführbar ist, läßt sich zwar nicht bezweifeln. Aber diesen Erfolg wird wohl erst ein späterer Vorläufer eringen, dem Shadton's Erfahrungen zu gut geflossen sind.

Der moderne Torquemada.

Paris, 14. Februar.

Alphonse Bertillon, der Erfinder der neuzeitlichen Inquisition, ist gestorben. Durch die Löden, grauen Säle des Pariser Justizpalästes, wo so oft sein Name schreckenvoll widerhallte, geht ein kaltes Flüstern. Der unerträgliche aller Verfolgungszeuge, der Mann, der Dutzende von Angeklagten rettungslos der Guillotine überließ, der das mörderische Klima von Tahiti bewohnte, Apachen und Paniers zur Zwangsarbeit verurteilte, dieser Thomas de Torquemada, der Polizei und Autodafés durch Messingverfahren und Photographie erfuhr und nie an seiner Unschuld zweifelte — der Vater der Anthropometrie wird begraben werden, nicht sein System. Ob dies System hat sich die Weltkriegschaft erungen und gilt in seiner Stärke vor den Geschworenen viel, viel mehr wie

werde. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen den seit dem 1. Oktober 1913 in Kraft stehenden Versicherungstempel für Glasversicherung richtet. — Vom Staatssekretär Dr. Delbrück war ein Begrüßungsschreiben eingegangen.

• Deutscher Techniker-Kongress. Im Lehrervereinshaus in Berlin fand gestern zur Beratung der Patentgesetzesreform ein gemeinsam vom Bund der technisch-industriellen Beamten, dem Deutschen Technikerverband und dem Deutschen Werkmeisterbund, die zusammen über 120 000 Mitglieder verfügen, einberufener Deutscher Techniker-Kongress statt. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Deutsche Techniker-Kongress die Fortschritte in dem Entwurf zum neuen Gesetz gegenüber dem alten Rechtszustand anerkennt, aber betont, daß der Entwurf noch nicht allen Wünschen der Angestellten entspricht und auf die noch vorhandenen Mängel hinweist.

Heer und Flotte.

Samoan-Erinnerung. Am 18. März jährt der Trauerstag von Samoa, der so vielen deutschen Seeleuten den Tod in den Wellen brachte, zum 25. mal. Die Überlebenden werden sich an jenem Tage zu einer ernsten Erinnerungsfeier in Aiel zusammenfinden. Sie besteht aus Kirchgang und Appell. Diesem schließen sich Besichtigungen der Flotte und Marineanlagen und ein Essen im Seemannshause an.

• Düsseldorfer des Königin-Augusta-Regiments. Die 50jährige Wiederkehr des Tages der Eroberung der Düppeler Schanzen wird am 18. April das Königin-Augusta-Regiment in Berlin feiern. Zu dieser Feier des Düppelages, an dem die Augustianer die Heueraufe erhielten, lädt das Regiment alle noch lebenden Erstürmer und Mittäpfer von Düppel ein und hofft auf eine recht rege Beteiligung. Anmeldungen zur Teilnahme sind möglichst bis zum 1. März an das Königin-Augusta-Garde-Grenadier-Regiment in Berlin zu richten.

Post und Eisenbahn.

• Tarifverzeichnis. Das im Verleihbüro des Reichseisenbahnamts aufgestellte Verzeichnis sämtlicher deutschen Eisenbahntarife, das einen vollständigen und schnellen Überblick über alle auf den deutschen Eisenbahnen bestehenden Tarife für den Personen- und Güterverkehr ermöglicht, ist nach dem Stande vom 1. Januar 1914 neu herausgegeben worden. Die Neuauflage ist 175 Druckseiten stark im Verlag von Julius Springer in Berlin W. 9, Linienstraße 23/24, erschienen.

Deutsche Schutzgebiete.

DKG. Zur samoanischen Arbeiterfrage. In der Sitzung des Gouvernementsrats vom 5. Dezember 1913 machte der Gouverneur davon Mitteilung, daß eine französische Firma angeboten habe, Japaner als Arbeiter für Samoa anzuwerben. Da das wesentlich teurer sein würde als die Beschaffung von Chinesen, so wurde davon Abstand genommen, auf das Angebot einzugehen. So wird denn nach wie vor die Kuli zu führen für die Wirtschaft von Samoa von ausschlaggebender Bedeutung sein.

DKG. Das Elisabethhaus in Grootfontein. Nützlich hat in Grootfontein die Errichtung eines neuen Wohnerinnenheims Rottgefunden, zu dessen Errichtung das Kuratorium der Elisabethhäuser eine erhebliche Unterstützung aus den der Deutschen Kolonialgesellschaft zur Verfügung stehenden Mitteln bewilligt hat. An den Präsidenten der Kolonialgesellschaft, Herzog Albrecht zu Mecklenburg, ist am Eröffnungstage folgendes Donklegramm gerichtet worden: „Am Eröffnungstage des Elisabethhauses in Grootfontein ist die erste Weißbürgerin eingetroffen. Wir senden untertänigen Dank für wahrhafte Hilfe. Die Grootfontainer.“

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der ruthenisch-polnische Ausgleich in Galizien. •emberg, 14. Febr. Heute fand nach den Ausgleichsverhandlungen in der Wahlreformfrage die erste Sitzung des galizischen Landtags statt, die jedoch zu Beginn einen überaus stürmischen Verlauf nahm, da der russophile Abgeordnete Markow in russischer Sprache gegen die einzelnen Bestimmungen des ruthenisch-polnischen Ausgleichs protestierte. Die ruthenischen Abgeord-

die in der Kriminalprävention als Antipode vermerkte humane Lehre des pathologisch verfahrenden Lombroso. Bertillon, das war die positive Verkündung der Schuld, ohne mildrende Umstände; menschliches Freiheit war ausgeschlossen. Wenn der Chef des anthropometrischen Dienstes als Experte, wie fast täglich, erschien, beschönigte sich seine Aussage nicht, was man annehmen könnte, auf die schon schwierige Rolle der Überführung des Verbrechers; er ging in seinem theoretischen Eifer weiter bis zur Enthüllung der besonders belastenden Momente, der vorbedachten oder mit übertriebener Grausamkeit ausgeführten Tat; der materielle Verdoppelter sich durch den moralischen Beweis. Darin lag die Selbstüberhöhung des zweifellos um die Gesellschaftsordnung hochverdienenden Gelehrten. Ohne sich je darüber klar zu werden, hat er manches Unheil angerichtet. So im Dreyfus-Prozeß, wo er nach einem geometrischen Verfahren, das der berühmte Mathematiker Henri Poincaré als „glotter Bildstern“ bezeichnete, dem Capitaine das Bordereau zuschrieb und selbst nach Esterhazy's Zeugeständnis dabei blieb, daß er sich auch geographisch nicht täuschen könne.

Ein Reporter des „Juttagalots“ schilderte seine Eindrücke also: „Wenn der Gerichtsdiener „Herr Alphonse Bertillon“ tief, entstand merkwürdiges Schweigen. Man sah einen langen, matten, auffallend gebleichten Mann, der schon aus dem Jenseits zu kommen schien, keinen Blutstropfen mehr in den Adern hatte, daß Licht durchdrückte und nicht lädteln konnte. Der Vorstehende verhöre ihn achtungsvoll und vorsichtig. Bertillon sprach . . . nein, eine Stimme wie aus dem Grabe erklang. Ich kenne Leute, die mit etwas wie heiliger Angst hinkrochen und die das Erscheinen des ehrenwerten Schriftstellers Deippler berührten. Seine Aussage, vielmehr sein Urteilspruch, wurde mit empfindungsloser Genauigkeit vorgetragen. Gewöhnlich unterbrach ihn ein Advokat: „Wer, Herr Bertillon, schließlich können auch Sie sich einmal irren . . . Selbst wenn Ihnen laufend Täfeln recht gäben, würde eine einzige genügen, die Ihnen unrecht gäbe . . .“ Bertillon antwortete, wie im Gebet und mitschloss: „Ich kann mich nicht irren. Ich habe mich nie geirrt.“ Dann trat er unter die Geschworenen, zeigte ihnen die Papiere, auf denen

nenen lärmten derart, daß der Vorstehende dem Abgeordneten Markow das Wort entziehen mußte. Die Sitzung konnte dann in Ruhe zu Ende geführt werden. Der Landtag hat die Wahlreform im Sinne des ruthenisch-polnischen Ausgleichs in allen Lehungen angenommen.

Massenversammlung von Arbeitslosen in Lemberg. Lemberg, 15. Febr. Heute fanden zwei Versammlungen von Arbeitslosen statt, in denen auch mehrere Abgeordnete sprachen. Einer der selben erklärte, daß die Abgeordneten entschlossen seien, an die Regierung eine lekte Mahnung zu richten, daß sie sobald als möglich der Arbeitslosigkeit durch entsprechende Maßnahmen entgegentrete. Wenn diese lekte Mahnung nichts nützen sollte, werden die Abgeordneten sich selbst an die Spitäler der Arbeitslosen stellen, um auf der Straße der Regierung den Ernst der Lage vor Augen zu führen. Nach Schluß der Versammlung zog ein Teil der Teilnehmer vor das mit zwei Infanteriekompagnien besetzte Stadthausgebäude, um dort zu demonstrieren, doch wurden sie von der Polizei abgedrängt, die von der blanken Waffe Gebrauch machte. Einige der Demonstranten erlitten leichte Verletzungen.

Frankreich.

Das Budget für die Diplomatie. Paris, 15. Febr. Wie verlautet, wird binnen kurzen das französische Budget des Auswärtigen eine bedeutende Aufhebung erfahren. Der Abgeordnete Martin beobachtigt, eine Broschüre herauszugeben, die das Budget für die französische Diplomatie behandelt und aus der hervorhebt, daß der Fonds für dieien Zweck in den letzten Jahren um nur 10 Millionen Franken angewachsen ist, also in gar keinem Verhältnis zu der Steigerung der anderen Budgets des französischen Staates steht. Die Ausgaben für die französische Diplomatie betrugen im Jahre 1913 12 Millionen Franken, jetzt für 1914 sind nur 22 Millionen im Budget veransagt.

Das Heeresbudget erhöht. Paris, 16. Febr. Der Bericht, den der Deputierte Benacet im Namen des Heeresausschusses in der heutigen Kammerversammlung vorlegen wird, teilt mit, daß die Regierung anstatt der ursprünglich angekündigten außerordentlichen Militärausgaben von 860 Millionen 1410 Millionen verlangen werden, und zwar 655 311 000 Franken (anstatt 440 000 000) für die Vermehrung des Mannschaftsbestandes auf dem Friedensfuß und 754½ Millionen (anstatt 420 Millionen) für die Verbesserung des Kriegsmaterials. Die Erhöhung der Ausgaben für die Vermehrung des Mannschaftsbestandes wird insbesondere durch die Annahme des Antrages Vincent verursacht, durch den die vollständige Gleichheit der Dienstdauer festgesetzt und jede vorzeitige Entlassung abgeschafft wird. Was das Kriegsmaterial anbelangt, so legt Benacet eingehend dar, daß Frankreich sich gegenwärtig unzweckhaft in einem bedenklichen Zustand der Inferiorität befindet. Ferner weist der Bericht auf die Notwendigkeit hin, das Heer mit großen Übungsbällen auszustatten. Die Kosten für dieselben werden auf 130 Millionen veransagt und auf 5 Jahre verteilt. Alle Punkte des Programms, so schließt der Bericht, entsprechen gebietserischen Bedürfnissen, deren baldige Befriedigung für die Sicherheit des Landes unerlässlich ist.

Eine Demonstration gegen Barthou und Briand. Paris, 16. Febr. Die beiden Exminister Barthou und Briand, die gestern nach Le Havre abgereist waren, um dort eine Wahlagitation einzuleiten, wurden bei ihrer Ankunft am Bahnhof von einer demonstrierenden Menge erwartet, die bei ihrem Erscheinen lärmten und piffen. Ein großes Gendarmerieaufgebot hielt die aufgeregte Menge in Schach.

Die unruhigen Winzer. Paris, 16. Febr. In Aix bei Reims versammelten sich an 10 000 Winzer und forderten in einem einstimmig gefaßten Beslußantrag,

daß die Fingerabdrücke des Angeklagten sehen könnten, erklärte, vertheidigte, häufte seine Behauptungen und wohl auch seine Beweise. Er hörte erst auf, wenn er ganz seine Pflicht getan hatte. Der Angeklagte, der ihn dumm und wie verkehrt betrachtete, spürte schon das kalte Fallmesser im Nacken. Bedankt, bestürzt, schüchtern, ging Alphonse Bertillon davon, ohne eines Bläses, ohne Reue, bereit, von neuem anzufangen. Einmal wie ungewohnt Schüsse öffnete ihm eine Gasse durch die Menge der Advokaten und des Publikums . . .

Die Kriminalgröde war 1888 in Paris zur Welt gekommen, und zwar als Sohn des Dr. Bertillon, der zu den Mitgründern der Anthropologischen Gesellschaft und Schule zählte. 1889 wurde er der Polizeipräfektur zugeordnet, in der er nur mit Mühe seiner Methode zur Geltung verhelfen konnte. Heute gilt der Pariser anthropologische Dienst für vorbildlich; der Kriminaldienst fast sämtlicher Länder wurde danach eingerichtet. Zunächst erforderte das „gelaufene Pariser“, eine in zwei bis drei Zeilen enthaltene Gesichtbeschreibung, nach der die Detektive ohne Mühe Leute erkennen sollen, die sie nie zuvor gesehen. Die Fingerabdrücke als Identitätsbeweis sind keine eigentliche Erfindung Bertillons, da schon im Altertum die Besonderheit der Hautlinien des Daumens und Zeigefingers bekannt war; aber er „klassifizierte“ die Abdrücke so gezielt, daß man schnell unter vielen Tausenden wiederfinden konnte, der irgendwo sein „Lebensiegel“ aufgedrückt hatte. Auch Rösen- und Obenfotografen stellte er auf — er kannte über 100 verschiedene Überformungen. Bedeutende Dienste leistete ihm photographisches Verfahren, das erlaubte, jederzeit auf der Blätter die genaue Größe jedes der aufgenommenen Gegenstände zu messen. Die Aufnahmen seiner Kariere fand man in dem von ihm gegründeten Museum der Kriminalpolizei bewahrt; seine Jünger werden in der Schule technischer Polizei herangebildet.

Bertillon starb an zunehmender Blutarmut; sein Bruder Georges hatte sich viermal der gefährlichen Operation direkter Bluttransfusion unterzogen, aber damit nur eine Lebensverlängerung um wenige Monate erlangt. Übergrößer Arbeitseifer hat den Gelehrten frühzeitig getötet. Karl Va

daß der Senat den Gesetzentwurf Pams-Dariac über die Abgrenzung der Weinberge unverzüglich annehmen möge. In Villecane veranstalteten 500 Winzer eine öffentliche Kundgebung gegen ihren Ausschluß aus dem eigentlichen Champagnergebiet und zogen, revolutionäre Vinder singend, durch die Stadt.

Rußland.

Errichtung einer Volksbank. Petersburg, 15. Febr. Eine der ersten Arbeiten des neuen Finanzministers wird die Errichtung einer russischen Volksbank sein, die vor allen Dingen dazu dienen soll, der Landbevölkerung Kredite zu gewähren. Dieses Projekt, dessen Anregung man dem Ackerbauminister Kriwoschkin ausstreckt, wird also den Gedanken des Baran realisieren, dem er in seinem letzten Ufass Ausdruck gegeben hat. Die neue Volksbank soll Filialen in allen Städten, ja sogar in allen größeren Dörfern haben. Eine entsprechende Vorlage soll der Duma noch im Laufe dieser, spätestens aber während der nächsten Sitzungsperiode zugehen.

Balkanstaaten.

Der griechisch-serbische Bündnisvertrag. London, 16. Febr. Eine Meldung des "Daily Telegraph" zu folge ist das Besiechen eines griechisch-serbischen Bündnisses bei dem gestrigen Abschiedessen für den Kronprinzen von Griechenland in Belgrad offiziell zugegeben worden. Während seines Triflipspruchs gebrachte König Peter mehrfach den Ausdruck "Unser lieber und treuer Verbündeter" in bezug auf Griechenland.

Griechenland.

Benizelos. Eine sofortige Flottenverstärkung. Athen, 16. Febr. Im Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Königs stattfand, berichtete der Ministerpräsident Benizelos über seine Eindrücke von der Reise. Der Ministerrat erörterte dann u. a. die sofortige Verstärkung der Marine. Benizelos erklärte im Verlaufe der Erörterung, er betrachte die Verbesserung der Grenzlinie von Epirus als gewiß. Das intime Einverständnis zwischen Griechenland, Rumänien und Serbien sichere die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan und schließe jegliche griechisch-türkische Verwickelung aus.

Albanien.

Albaniens Haltung in der Anleihefrage. Paris, 14. Febr. Der "Temps" meldet aus Rom, daß der russische Botschafter am Quirinal dem Minister des Auswärtigen Marquis di San Giuliano erklärt hat, die russische Regierung könne nicht darein willigen, daß die Anleihe für Albanien, die durch die Botschafterkonferenz in London beschlossen wurde, durch irgend welche Kombinationen ihres internationalen Charakters entkleidet werde.

Ein angenehmer Palast. Rom, 16. Febr. Eine interessante Beschreibung des zuläufigen Palastes des Prinzen zu Piedi in Durazzo veröffentlicht die "Tribuna". Das Blatt, das seine Behauptung durch Photographien bekräftigt, sagt, daß dieser sogenannte Palast an Ärmlichkeit alles übertrifft, was man sich vorstellen kann. Er steht von Schmuck, und das einfachste Bauernhaus besitzt mehr Luxus und Komfort. Die Arbeiter, die mit der Restaurierung beauftragt waren, haben noch nicht das geringst geändert. Das ganze Gebäude ist nichts wie eine zerfallene Hütte, in der noch nicht einmal ein Bettler Unterstand nehmen würde. Weiter ist auch gar nicht an ein Unterbringen des prinzlichen Gefolges zu denken, da in Durazzo andere Baulichkeiten nicht zur Verfügung stehen.

Vereinigte Staaten.

Ein Opfer der Beamtenbestechungen in New York. New York, 16. Febr. Die Bestechungsaffäre in den hohen Beamtenposten des Staates New York hat bereits zu einer Tragödie geführt, indem einer der ersten Beamten des Staates Selbstmord verübt. Es ist der Justizminister John Hennedy, der sich gestern in seiner Villa in Buffalo das Leben nahm. Bereits seit einiger Zeit ruhte auf ihm schwerer Verdacht der Bestechlichkeit. Schon wiederholt war er von dem Generalstaatsanwalt Whitman aufgesondert worden, als Zeuge bei verschiedenen Bestechungsprozessen zu erscheinen. Jedoch hatte er sich aus begreiflichen Gründen stets geweigert. Als er schließlich hörte, daß das Gericht sich mit dem Plane trug, einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen, hielt er es für geraten, seinem Leben ein Ende zu machen.

Südamerika.

Das argentinische Ministerium. Buenos-Aires, 16. Febr. Dem Blatte "La Nación" zufolge ist das Kabinett folgendermaßen gebildet: Inneres, Miguel Ortiz, Finanzen Henrique Carbo, Äußeres José Luis Murature, Ackerbau José Malbran, öffentliche Arbeiten Manuel Mohano, Krieg General Belaz, Justiz und Unterricht Horacio Calderon, Marine Saenz Valiente. Die Erlasse über die Ernennungen erscheinen morgen. Murature war bisher Chefredakteur des Blattes "La Nación".

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Volkschullehrer und Schuldeputation.

Wir glauben zwar nicht, daß die in der Schuldeputation sitzenden Lehrerinnen: ein Rektor einer Volkschule, zwei Mittelschullehrer und eine Handarbeitslehrerin, nicht in der Lage und nicht bemüht sind, die Interessen der Volkschule und der Volkschullehrer genügend zu vertreten, sind aber froh dem Anblick, daß die nachfolgenden, und aus Lehrerkreisen ausgehenden Ausführungen als beachtenswert bezeichnet werden dürfen. Sie lauten:

"Im Hinblick auf die bevorstehenden Schuldeputationswahlen ist ebenfalls zu wünschen, daß die maßgebenden

Stellen gatnachen, was bei früheren Gelegenheiten versäumt worden ist. Als im Jahre 1908 auf Grund des Schulunterhaltungsgegeses die Wahlen zur Schuldeputation stattfanden, wurden von der Lehrerschaft auch Volkschullehrer zur Wahl empfohlen, jedoch ohne Erfolg. Es ist nicht zu verstehen, daß in der Schuldeputation der Großstadt Wiesbaden, die jetzt zum Bau der 12. Volkschule schreitet, sein einziger Volkschullehrer vertreten ist, während doch in dem Schulvorstand der kleinste Landgemeinde der Lehrer Sitz und Stimme hat. Hier in Wiesbaden gehört der Schuldeputation neben einem Lehrer an der Mittelschule und einer Handarbeitslehrerin auch ein Rektor an. Der Rektor ist der nächste Vorgesetzte der Lehrer und kann daher wohl nicht als ihr Vertreter betrachtet werden. Wie schon gesagt, ist in den Schulvorständen der Landorte überall der Lehrer vertreten neben seinem Vorgesetzten, dem Oberschulinspektor. Rektor und Oberschulinspektor sind gewissmaßen die Vertreter des Staates, des Arbeitgebers. Da entspricht es mir dem allgemeinen Rechtsempfinden, wenn daneben auch die Arbeitnehmer, die Lehrer, einen Platz finden, wo ihnen die Möglichkeit geboten ist, ihre Bündne und Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Daß dieser Möglichkeit geschicht nichts im Wege steht, lebt ein Bild in das Schulunterhaltungsgeges. Darnach gehören der Schuldeputation neben Mitgliedern des Magistrats und des Stadtratsordnetenkollegiums auch noch des Erziehungs- und Volkschulwesens fundige Personen" an. Diese Gruppe soll mindestens die gleiche Anzahl von Mitgliedern umfassen wie eine der anderen Gruppen; sie darf sogar unter besonderen Verhältnissen noch größer sein. Es wäre also jetzt die Gelegenheit geboten, den schon vor 6 Jahren geäußerten Wünschen der Volkschullehrer Rechnung zu tragen. Die Volkschullehrer haben die Hoffnung, daß dieser "billige" Wunsch nicht nur wohlwollend angehört, sondern wirklich erfüllt wird, da der Erfüllung doch keine finanziellen Bedenken entgegenstehen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg."

Bezeichnend ist auch die folgenden, einer anderen Zeitschrift aus Lehrerkreisen entnommenen Ausführungen, die sich ebenfalls mit Wahl von Volkschullehrern zur Schuldeputation beschäftigen: "Nun aber werden", heißt es da, "diese Sachverständigen infolge ihrer Tätigkeit nicht von der Lehrerschaft, sondern mit von den Stadtratsordneten gewählt, so daß auch hier unter Umständen parteipolitische und konfessionelle Elemente von ausschlaggebender Bedeutung werden. Ansatz, daß man sich z. B. bei der gegenwärtigen Zusammenziehung der Schuldeputation sagt, daß vor allem eine fachgemäße Vertretung der Volkschule und des Volkschullehrers fehlt, und folglich ohne Rücksicht auf Konfession und parteipolitische Stellung der beste und sachverständige Volkschullehrer der in Betracht kommenden Körperschaft zugeführt werden müsse, bemüht sich das Zentrum und mit ihm im Bunde der Katholischen Lehrerverein", doch ein Mitglied dieses Vereins in die Schuldeputation kommt, indes eine kleine Interessengruppe diesen Parteikampf benutzt, um zwar einen Volkschullehrer, aber einen solchen ohne eigene Meinung auf den Schild zu erheben. Nach beiden Seiten müssen wir in diesem Falle protestieren. Jetzt und in Zukunft können wir nur dann eine grundsätzliche Besserung solcher Rücksände erwarten, wenn einmal die Wahl der Sachverständigen nicht mehr durch Magistrat und Stadtratsordnete, sondern durch die Gesamtheit der Lehrer vorgenommen wird."

Hierzu ist zu bemerken: Nach dem Gesetz vom 28. Juli 1905, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volkschule, werden die Mitglieder der Schuldeputation aus der Stadtratsordneten-Versammlung von dieser und die des Erziehungs- und Volkschulwesens fundige Personen von den der Schuldeputation angehörenden Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der Stadtratsordneten-Versammlung gewählt. Es ist also ohne eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich, den in der zweiten der oben abgedruckten Auszüge ausgesprochenen Wunsch der Lehrer, die Wahl der Sachverständigen durch die Gesamtheit der Lehrer vornehmen zu lassen, zu erfüllen. Für felsig verständlich halten wir es dagegen, daß die Lehrer aufgefordert werden, Wahlvorschläge einzureichen.

Die katholische Kirchengemeinde nahm am Sonntag die Wahlen zum Kirchenvorstand für die drei hiesigen Pfarreien vor. In St. Bonifatius wurden Baumeister Christian Dähne, Archivrat Dr. Max Domarus, Lehrer a. D. Jakob Eßelberger, Schreinermester und Stadtratsordnete Joseph Jint, Bureauvorsteher der Römisch-katholischen Landeskirche Leo Franz, Schlossermeister Otto Tritton, Bankier Paul Arier, Landgerichtsrat August Lehndorfer, Verwaltungsgerichtsrat Wilhelm Linz, Direktor Friedrich Schipper gewählt. In Maria-Hilf wurden gewählt: Rentner Eduard Coeser, Rentner Friedrich Demuth, Rentner Joseph Hauer, Immobilienagent Joseph Imund, Oberpostdirektor a. D. Ferdinand Kampfe, Ingenieur August Köhbohrer, Gerichtssekretär Joseph Opfermann, Rentner Georg Roth, Lithograph Jean Roth und Rektor Johann Würzböcker. Für die Dreifaltigkeitskirche wurden gewählt: Kaufmann Richard Fein, Justizrat Wilhelm Laaff, Geheimer Postrat Johannes Lauter, Stadtratsordnete Bauunternehmer Joseph Lohs, Apotheker Heinrich Port, Kaufmann Emil Ruppert, Regierungs- und Forstrat Graf Schmitz-Kerschenbrock, Landgerichtsrat Wilhelm Schmitz, Registrarsobertreter Karl Wagner und Fortbildungsdirektor Johannes Werner.

Zur Berufswahl schreibt die Handwerkskammer Wiesbaden: Angehörige der bevorstehenden Schulentschließungen tritt an die Eltern und Vormünder die erste Frage heran, in welchem Beruf sie die Schulentschließungen unterbringen sollen, um nach menschlicher Vorausicht für deren künftiges Wohl am besten zu sorgen. Die Berufswahl ist für viele recht schwer, da allerlei Umstände in Betracht zu ziehen sind. Die Hauptfrage ist aber, daß ein Beruf gewählt wird, welcher geeignet ist, seinen Träger anständig zu ernähren, ihm eine angemessene Lebensstellung zu schaffen, und zu welchem der jungen Menschen Reizung hat. Da kommt nun in erster Linie das Handwerk in Betracht. Ein Handwerk, es möge Namen haben, wie es wolle, wird in der Regel, wenn es gründlich gelernt ist und demnächst nach geübten Grundsätzen betrieben wird, diese Bedingungen erfüllen. Ein gelernter Handwerker wird immer einen höheren Lohn verdienen, als der ungelehrte Arbeiter, und auch immer leichter Stellung finden. Der spätere selbständige Handwerker nimmt aber, wenn er sich daran anstellt, in der Regel eine angesehene Stellung ein und ist sein eigener Herr. Alle berufenen Stellen, Reich, Staat, Gemeinden und Handwerkskammern, bemühen sich fortwährend eifrig um die Erhöhung und Förderung des Handwerks. Durch die Gesetzgebung der neueren Zeit sind die Verhältnisse im Handwerk wohlgeordnet, insbesondere ist eine ausreichende Regelung des Lehrlingsdienstes geschaffen, die Gesellen- und Meisterprüfung organisiert und

die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nach bestimmten geleglichen Vorlesungen geordnet. Der Meisteritel im Handwerk ist geschichtlich geprägt. Nurzum, was für das Handwerk geschehen kann, geschieht, so daß auch die gewissenhaften Eltern und Vormünder ohne Bedenken ihre Schülelinge dem Handwerk aufzuführen können. Wichtig ist dabei allerdings die Auswahl des Lehrers, damit der Schüleling in die richtigen Hände kommt. In dieser Beziehung wird auf die Lehrstellenvermittlung verwiesen, welche überall eingerichtet ist, insbesondere im Arbeitsamt zu Wiesbaden, im Mitteldeutschen Arbeitswohlerverband zu Frankfurt a. M. beim Verein "Jugendwohl" in Frankfurt a. M. und bei dem Arbeitsnachweis zu Limburg a. d. L. Diese Stellen sowie die Handwerkskammer sind gerne bereit, mit Rat und Tat an die Hand zu gehen.

Schulnachrichten. In Nr. 5 des "Allgemeinen Schulblattes" lesen wir: "Bisher wurden Lehrer, die sich für eine Stelle gemeldet hatten, zu Lehrproben geholt. Jetzt hat die Regierung bestimmt, daß kein Urlaub mehr gegeben wird, vielmehr sollen sich die Dienstbehörden von der Tüchtigkeit des Lehrers in seiner Klasse überzeugen." Diese Nummer des "Schulblattes" erwähnt unter den anderen Veröffentlichungen folgende: Lehrer Haber von Goslar, Lehrer Haumann von Berlin, Lehrer Simon von Gewissenruh nach Frankfurt a. M. Infolge der oben angeführten Verfügung wird man zukünftig schwierig noch Lehrer aus so weitverlegenen Orten gewinnen können. Für die Nassauer Lehrer verbessern sich somit die Aussichten auf Anstellung in den beiden Großstädten unseres Bezirks, die beide gezwungen sind, aus der Nähe ihren Lehrerbedarf zu decken. Die Konkurrenz bezüglich der Gewinnung tüchtiger Lehrer wird nun zwischen Frankfurt und Wiesbaden besonders stark hervortreten.

Militärisches. Das Offizierkorps des Kürschners-Regiments v. Berßendorff (Kurhess.) Nr. 80 veranstaltet Mittwochabend im Offizierskino einen Ball, wozu etwa 150 Einladungen ergangen sind. — Dem besuchswerte hier weilen den Generalmajor und Brigadecommandeur Botho des hiesigen Nassauischen Feldartillerie-Regiments (Oranien) Nr. 27 brachte Montagnachmittag das Trompetenkorps ein Standchen.

Teaabend. Die Mädchen- und Frauengruppe für soziale Hilfsarbeit veranstaltet am Mittwoch, den 18. Februar, 11.15 Uhr, im "Frauenstüb", Oranienstraße 10, wieder einen Teeabend. Frau B. Riedel hat es übernommen, über die Pfadfinderinnenbewegung zu sprechen. Die Gruppe hofft, bei dem vielseitigen Interesse, welches dieses Thema erwecken dürfte, auf zahlreichen Besuch. Auch Nichtmitglieder sind willkommen. Tee mit Gebäck 50 Pf.

Gewerbeförderung. Am 20. Februar wird im hiesigen Regierungsbau die konstituierende Versammlung des Gewerbeförderungsausschusses für den Regierungsbezirk Wiesbaden stattfinden und die Schlussfassung über dessen Sitzungen usw. erfolgen. In diesem Ausschuß werden mit Stimmrecht vertreten sein: die Stadtverwaltung Frankfurt a. M. mit drei, die Stadtverwaltung Wiesbaden mit zwei, die Königl. Regierung und der Bezirksverband Wiesbaden mit je einer, die Handwerkskammer Wiesbaden mit vier, das Kuratorium der Großen Meisterkurse und der Technische Verein in Frankfurt a. M. mit je einer, der Gewerbeverein für Nassau mit drei, die Innungsausschüsse zu Frankfurt a. M., Wiesbaden, zu Limburg mit je einer Stimme. An dem Zusamminkommen des Ausschusses darf sein Beisitz sein, da er berufen ist, das im Regierungsbezirk Wiesbaden anfassige Handwerk und Gewerbe in jeder geeigneten Weise zu fördern.

Wiesbadener Industrie auswärts. Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. C. Buchner ist in letzter Zeit bei Vergebung groß und bedeutender Aufträge allenthalben sehr erfolgreich gewesen. Es wurde der genannte Firma unter anderem der Auftrag auf Ausführung der gesamten elektrischen Einrichtung für das von der Frau General Hendrich nach den Entwürfen des Professors Wilhelm Kreis in Düsseldorf errichtete Offiziersheim im Schwarzwald bei Baden-Baden, das nach seiner Vollendung dem Kaiser als Geschenk übergeben werden soll, vergeben.

Die Karnevalsnummer des "Simplizissimus" enthält in diesem Jahre eine ganze Reihe vorzüglicher Zeichnungen. Textlich ist die Nummer ausgestattet mit einer Novelle in Versen über den "Tango" von Ludwig Thoma (mit Zeichnungen von B. Wennerberg), ferner mit je einer Skizze: "Fasching" von Thomas Quast und "Das Abenteuer" von Schim, sowie mit einem Gedicht: "Das Pendemain" von Hans Krahlheimer und mit sechs Beiträgen unter "Liebe Simplizissimus".

Freudenverlehr. Kammerherr G. v. Herkenrath und Schmid, geb. v. Schmid, aus Gitternach in Reckendorf und Gemahlin, geb. v. Schmid, aus Gitternach im "Hotel Wilhelm" abgestiegen.

Personal-Nachrichten. Dem Geb. und Obertribundgericht Wiesbaden wurde, wie der Kleideranzieger meldet, der Kronenorden 2. Klasse verliehen.

Österrechische Regierung. Die Ehrengäste für den 1. Februar 1914 waren: Prinz Wilhelm und Prinzessin Sophie, geb. Prinzessin Sophie von Sachsen-Coburg-Gotha, und Prinzessin Sophie von Sachsen-Coburg-Gotha.

Stellbriefe sind erlassen unter August Reil, geb. 26. März 1885 zu Sonnenborn, zuletzt wohnhaft in Gitternach, wegen Diensthalts, und den seitlichen Sohn Leo Reil, geb. am 30. Juni 1888 zu Breslau, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, wegen Diensthalts.

kleine Notizen. Am Apollo-Theater findet heute wieder ein Militär-Konzert statt, das Oberstleutnant Heinrich mit seiner Kapelle aufführt. Der Eintritt ist frei.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Wiesbadener Künstler auswärts. Die Sopranistin Dora Lang ist mit bestem Erfolg in einem Konzert in Princeton auf. Das dortige Publikum lobt sie a. c. Die Dame hat eine annehmliche Vortragsweise und verfügt über Stimmmittel, die den vorgebrachten Liedern voll und ganz gerecht werden. Die mit Orchester gesungenearie "Wie naht mir der Sommer" und "Ich habe Freuden bewiesen das Männchen des Palästina auch auf diesem Blatt.

Musik- und Vortragsabende.

Das Wiesbadener Konzertorium für Musik. Director Art. Michaelis bot am 18. Februar eine Aufführung mit Odeonier veranstaltet, zu welcher sich eine so zahlreiche Subskriptionsgemeinde eingefunden hat, daß sich der Konzertsaal wieder als zu klein erwies. Sämtliche Leistungen boten Gutes. Großes Interesse brachte man dem talentvollen

Schüler Alexander Robinson entgegen, welcher die erstmalige Aufführung seines Klavierkonzertes mit Orchester selber dirigirierte. Das gefundne, musikalische Empfinden bezeugende und angemessene instrumentierte Werk spielle Annie Wallenfeld mit liebhaber Hingabe und verhalf so dem jungen Komponisten zu stürmischem Erfolge. Die darauf folgende Teufeltrillerionate von Tartini war eine nicht minder hervorragende Leistung von Gertrud Michels an zweitwändig labellos sauber und stilgerecht vorgetragen. Aus der Klavierklasse des Prof. Mannhardt ist außerher Prof. Bassani mit dem 4-Dur-Konzert von Mozart der Schüler Hermann Wolff hervorzuheben, mit der Biedermeier der beiden Seite aus dem Mendelssohn-Konzert. Auch die anderen Klaviervortragenden lieben geschultes Klavierpiel und feinfühligen Vortrag erkennen. Ein geleitete wurde der Abend mit der Sinfonie A-Moll von Mendelssohn von dem Schülerorchester unter Leitung des Directors. Als musikalische und begabter Künstler erwies sich Peter Boller in dem Trio von Beethoven für Flöte, Violine und Viola. Mit der gewiss nicht leichten Aufgabe des "Vorspiel Lorelei" von Bruck entledigte sich das Orchester einer musikergütlichen Böuna, ebenso wie das zum Schauspiel Intermezzo aus der "Cavalleria rusticana", und so durfte die Orchesterleiste unter Leitung ihres Dirigenten den wohl verdienten Beifall der Zuhörer entgegennehmen. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Sonnenberger Vogelschutzgehäuse.

— Sonnenberg, 14. Febr. Am Freitagmorgen fand eine Begehung des Geländes statt, das hier für die Schaffung eines Vogelschutzgehäuses in Aussicht genommen ist. Der Plan ist schon vor Jahren im Kreise des Sonnenberger Ge- hügelzucht- und Tierschutzeins angeregt worden, die Ausführung musste aber hinausgezögert werden, da es an den nötigen Mitteln fehlte. Die Gemeinde kommt den Bestrebungen des Vereins sehr entgegen und will sie tatkräftig fördern, aber es kann ihr auch nicht zugemutet werden, alle Kosten zu tragen. So richtet der Verein denn an alle Natur- und Vogelfreunde die herzliche Bitte, ihn durch freiwillige Beiträge zu unterstützen, damit er das schöne Werk vollenden kann. (In Wiesbaden nehmen Spenden entgegen die Sammlung von A. Mollath, Michelberg 14, und Dr. B. Bergmann, Langstraße 9.)

— Biebrich, 16. Febr. Die Vaterstadt des Würdlichen Geheimrats Eduard v. Magdeburg, des Chefspräsidenten des Rechnungshofs des Deutschen Reichs, ist nicht Wiesbaden, sondern Biebrich. Hier wurde er am 16. Oktober 1844 als Sohn des damaligen Vorstehers des Zollamts, des Nassauischen Hofkammerrechts Magdeburg, geboren. Die Wiege des Geheimrats stand in dem ehemaligen sogenannten "Herrschäflichen Hause" am Rhein, welches seinen Standpunkt etwa da hatte, wo sich der freie Platz zwischen den beiden Domänenfürstentümern der Köln-Düsseldorfer und der Niederrheinischen Gesellschaft ausdehnt. Die Rheinstraße dehnt damals bekanntlich zwei Reihen Häuser; an deren Südseite lagen außer dem oben genannten Hause noch weitere drei Gebäude, die aber alle bei Anlegung des Landungsplatzes zu Anfang der 1880er Jahre niedergegraben wurden. — An der heutigen Volksschule ist die Stelle eines evangelischen Lehrers zum 1. April d. J. zu besetzen. Anmeldetermin ist der 1. März.

— Biebrich, 15. Febr. Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt im Gasthause "Zum Rossauer Hof" eine auf besuchte Generalversammlung ab, in der der Inspektor Zimmer über das Haftpflichtzettel brachte. Es berichtete bei einer Anzahl Mitglieder, ob und in welcher Weise die Haftpflichtverhinderung in solchen Fällen eintritt, in denen den Verurteilten eine Verhandlung an einem eintretenden Unfall zugetrieben wird. Eine Anzahl Fragen wurden am Schluß des Fortgangs beantwortet. Nach eingehender Besprechung erholte der einstimmige Besluß, der Verein möge sich mit einer Einladung an die Gemeindetagsversammlungen wenden, um der Anlage einer Kanalisation unserer Ortschaften mit Überablauf näher zu treten. Der Vorsitz der Gemeinde wird wohl Anschluß an das Wiesbadener Kanalnetz haben müssen. Des Weiteren wurde beschlossen, daß sich der Haus- und Grundbesitzerverein an den im kommenden Monat stattfindenden Gemeindewahlen beteiligen solle. Der Verein ist innerhalb der letzten Monate von 68 Mitgliedern auf 110 Mitglieder angewachsen. Ein großer Teil Wohnungen wurde durch die Geschäftsstelle vermittelt. Es hat sich durch die Praxis ergeben, daß die Anwendung eines Telefons bringend wünschenswert erscheint. Dieser Punkt wurde bis zur Jahresdauerversammlung zurückgestellt. Zum Schluß wurde die geplante Verteilung des Steuerabflosses für 1914 einstimmig beschlossen. Es noch 12 Uhr konnte die anstehende Versammlung geschlossen werden.

— Hochheim, 15. Febr. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer gestrigen Sitzung mit 9 gegen 8 Stimmen, am Hochheimer Weg etwa 10 Morgen Gelände anzulaufen und dasselbe zu einem ständigen Marktplatz anzulegen. Die aientlich starke Minorität war für Anlegung des Marktplatzes auf der Nordseite der Stadt. Weiter beschlossen die Stadtverordneten die Einführung von Ferienmärtten; dieselben sollen am 2. und 4. Montag in den Monaten März bis November abgehalten werden. Ferner genehmigten die Stadtverordneten, daß die Lehrer und Lehrerinnen unter den von der Aufsichtsbehörde gestellten Bedingungen von der Kranken- und Versicherungspflicht befreit sind. — Gestern mache der frühere Kellner und jetzige Tagelöhner Gr. seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Nassauische Nachrichten.

Gesangwettstreite.

— Dillbach i. L., 13. Febr. Einen nationalen Gesangwettstreit, verbunden mit 50jährigem Jubiläum, hält der hiesige Gesangverein "Germania" vom 13. bis 15. Juni ab. Zu dem Wettstreit stehen ein Kaiserpreis sowie mehrere Füllenpreise zur Verfügung. Außer wertvollen Kunstgegenständen gelangen in den einzelnen Klassen noch folgende Geldpreise zur Verteilung: In Klasse 1: 300 und 150 M.; in Klasse 2: 180 und 90 M.; in Klasse 3: 120 und 75 M.; in Klasse 4: 100 und 50 M. und in der Klasse 5 (nicht preisgekrönte Prezente): 50 M. Meldefrist ist bei der am Sonntag, den 13. d. M., im Saal des Gastwirts Glöckner stattfindenden Delegiertenversammlung.

— Ordenverleihungen. Eisenbahnfachhodschaffner Od. zu Niederlahnstein und Bohmärter Maxine zu Biebrich erhielten das Allgemeine Ehrenzeichen.

— Personal Nachrichten. Dem bisherigen Königlichen Dämmerjunker, Fideikommissbesitzer Freiherrn Wilhelm von Düringen auf Schloß Degen, Kreis Limburg, lebt in Berlin wohnhaft, in die Kammerherrenwürde verliehen.

— Braubach, 13. Febr. In den letzten Tagen wurden einige wichtige Beschlüsse in städtischen Angelegenheiten gefaßt, z. B. soll von den in der Sommerszeit sich über 3 Tage hier aufhaltenden Fremden ein Beitrag von 1 M. und von 50 Pf. für Familienangehörige für die ganze Anwesenheitszeit erhoben werden, um einige Veranstaltungen für die Freuden besser zu finanzieren. Ferner will man zwei

Wiesbadener auszumachen, die eigentlich diesen Namen nicht mehr verdienen, da höchstens Herel aufgetrieben wurden, eingehen lassen. Es finden dann nur noch Märkte im April und Juli statt. Endlich wurde beschlossen, die Haftpflichtbeiträge der Hausbesitzer aus der Straßenreinigung auf die Stadt zu übernehmen.

— Dachenhausen, 13. Febr. Am 10. Februar kannte Herr Gerichtsreferent Küng die auf eine währende ununterbrochene Tätigkeit als Turnwart zurückzuführen. Eine größere Feier dieses Jubiläums soll im Mai stattfinden. Herr Küng ist Wiesbadener und Sohn des verstorbenen Kapellmeisters F. W. Küng von den "Adazigern". Er gilt als eifriger Turner und bekleidet als solcher die verschiedensten Ehrenposten. (Red.)

Aus der Umgebung.

Vom Mainzer Dom.

— Wiesbaden, 16. Febr. Seit einiger Zeit werden beunruhigende Nachrichten in der auswärtigen Presse über angeblich gefährliche Erscheinungen am Mainzer Dom verbreitet. So wird neuerlich eine Mitteilung veröffentlicht, wonach sich im Westtor Sprünge gezeigt haben sollen. Wie das "Mainzer Journal" erfährt, sind die Sprünge, die hier gemeint sein können, schon nahezu 200 Jahre alt. Dass sie das Bauwerk in keine Gefahr bringen, geht aus dem Umstand hervor, dass es sich bei den jetzt im Gange befindlichen Ausbesserungsarbeiten keinesfalls um diese Risse handelt. Für das Publikum liegt kein Grund zur Beunruhigung vor.

Diebstahl unter Künstlern.

— Wiesbaden, 16. Febr. In einem heutigen Varieté wurden gestern abend während der Vorstellung der seit einigen Tagen hier aufstrebenden italienischen reitenden Tanzkünstlerin Lucia Majoran aus dem Reisefeld resp. der darin befindlichen Geldtasche der Betrag von rund 500 M. gestohlen. Da sie in Frankfurt wohnt und alle Abend nach ihrem Aufstehen dorthin zurückfährt, merkte sie den Diebstahl erst nach dem Ankommen in ihrer Wohnung. Sie hatte ihr ganzes Vermögen, etwa 5000 M., meist in Papiergeld, sowie ihren Brillenschmuck im Wert von etwa 12 000 M. in der selben Tasche aufbewahrt. Die Tasche hatte sie vor ihrem Aufstehen auf der Bühne in den in ihrem Ankleideraum, den sie mit einer anderen verheirateten Künstlerin teilte, liegenden Schließfach geworfen. Dies muß der Chemnitzer Kollegin, der etwa 40 Jahre alte Artist Richard Bischoff (Bradley), beobachtet haben. Wie er angibt, benützte er die Gelegenheit, als auch seine Frau, mit der er in einer benachbarten Wirtschaft wohnt, schon nach Hause gegangen war, um noch mit einem Griff aus dem nur auf einer Seite geschlossenen Schließfach das Geld zu entwenden. Die Künstlerin veranlaßte, daß noch in der Nacht die Kriminalpolizei in der Wohnung des Chepaars einen Besuch abstattete. Auf dem Polizeiamt legte Bischoff ein volles Geständnis ab; er behauptet, aus großer Not und Verzweiflung gehandelt zu haben, da sein 8 Jahre altes Kindrank und die Frau herzleidet sei. Er hatte den Betrag von 100 M. in Papiergeld schon unter seinen Papieren versteckt, den Rest an Gold und Silber in seiner Tasche. Sonderbareweise hatte er aber noch einen weiteren Betrag von über 100 M. bei sich, den er erst vor einigen Tagen als angeblich rückständiges Salär gehabt erhalten hatte. Aus großer Not weinte er dann noch doch nicht gehandelt zu haben. Vorsichtig wurde er festgenommen.

— Wiesbaden, 14. Febr. Die Vorbereitungen für einen alaballen Rosenmontagszug sind in vollem Gange. Der Entwurf für den Zug sieht eine wilde Schau: "Aus der narrischen Kinderstube" vor. Die Einzelgruppen, wie Bubenteef, Bubefee, Wiesbadener Biebsägen für den Mainzer Kindergarten u. a. sind sehr humoristisch gedacht, doch fehlt immer noch die Hauptfahrt für den Zug, recht viel Geld. — Der Ausschuss der Vereinigung rheinhessischer Weinbauern wählte in seiner letzten Sitzung für die Gesamtperiode bis 1916 den seitdem gesellschaftsführerden Vorstand einstimmig wieder. 1. Vorsitzender ist Herr Helfer-Pramf (Mainz), stellvertretender Vorsitzender Herr Gr. Siebert (Erbach a. N.) und Rechner Herr F. H. Kraus (Mainz). Die schriftlichen Abrechnungen werden durch die Mainzer Geschäftsstelle der Vereinigung erledigt.

— Wiesbaden, 16. Febr. Das Mainz ist recht seit einigen Stunden bei Hochheim langsam und gefahrlos ab. Der Main ist seit gestern bei Kostheim von 28 auf 42 Centimeter über Normalpegel, bei Groß-Steinheim von 1,87 auf 1,92 Meter, der Rhein bei Mainz von 81 auf 71 über Normalpegel gestiegen. Das Wasser beider Flüsse ist in langsamem Steigen begriffen.

— Wiesbaden, 13. Febr. Um den Warenmarkt auf dem Rhein wirksamer bekämpfen zu können, wird ein neuer Zollüberwachungsdienst eingeführt. Es handelt sich hierbei um den Schmuggel auf den Rheinschiffen von und nach Holland. Der Überwachungsdienst ist einem Oberzollkontrolleur übertragen worden, der seinen Sitz in Duisburg hat. Der Dienst wird vorsichtig durch einen Zollampfer aufrecht erhalten. Dieser begleitet die unter Kontrolle gestellten Fahrzeuge von Düsseldorf bis nach Holland. In kurzer Zeit dürfen jedoch noch mehr Fahrzeuge eingestellt werden.

— Frankfurt a. M., 16. Febr. Gerüchten zufolge sollte in der Maschinengewehrabteilung der 8er zu Bonames Gewichtsstelle aufgetreten sein. Das Kommando erklärt dazu, daß wohl ein Soldat unter dem Verdacht der Gewichtsstelle in das Lazarett eingeliefert sei, daß aber die Untersuchung den Verdacht nicht bestätigt habe. — Der Kaiser hat für den Sitzungssaal des neuen Polizei-Präsidialgebäudes sein Lebensgut Würzburg in der Uniform des 1. Garde-Regiments zugeteilt. Die Ausführung wurde dem Porträtmaler Bäumer in Charlottenburg übertragen.

— Wiesbaden, 13. Febr. Infolge plötzlich eingetretener Zahlungsschwierigkeiten hat das Dampfsägewerk der Firma Schmidt u. Co. in Dodenau seinen Betrieb gänzlich eingestellt. Im Interesse der einheimischen Arbeiter und angesichts des gegenwärtig recht fühlbaren Mangels an Arbeitsgelegenheit ist der Zusammenbruch zu befürchten.

— Ordenverleihungen. Eisenbahnfachhodschaffner Od. zu Niederlahnstein und Bohmärter Maxine zu Biebrich erhielten das Allgemeine Ehrenzeichen.

— Personal Nachrichten. Dem bisherigen Königlichen Dämmerjunker, Fideikommissbesitzer Freiherrn Wilhelm von Düringen auf Schloß Degen, Kreis Limburg, lebt in Berlin wohnhaft, in die Kammerherrenwürde verliehen.

— Braubach, 13. Febr. In den letzten Tagen wurden einige wichtige Beschlüsse in städtischen Angelegenheiten gefaßt, z. B. soll von den in der Sommerszeit sich über 3 Tage hier aufhaltenden Fremden ein Beitrag von 1 M. und von 50 Pf. für Familienangehörige für die ganze Anwesenheitszeit erhoben werden, um einige Veranstaltungen für die Freuden besser zu finanzieren. Ferner will man zwei

Mädchen auszumachen. Das Mädchen verlangt von dem Beauftragten eine Entschädigung, die mit 2000 M. bemessen wurde. Von Docteur ist vertreten durch den Rechtsanwalt Rehbein. Mutter durch den Rechtsanwalt Schäffer.

Deutscher Reichstag.

Einzelbericht des "Wiesbadener Tagblatt".

Berlin, 16. Februar.

Am Bundestagsitz: Dr. Böse. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2,17 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung zum

Stat für das Reichsjustizamt

(Titel "Gehalt des Staatssekretärs").

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.): Zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen wird ein Verfahren eingeführt, welches fast ausschließlich das Industrie, ländliche Arbeiter und Privatbeamte zu diesen wichtigen Posten heranziehen werden. Wir verlangen für die Zusammensetzung auch der Vorsitzendenkollegien das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Die Beratung der Jugendgerichtsgezege hat sich in unglaublicher Weise verzögert. Nachdem er die beiden Losungen erledigt hat, beschäftigt sich der Bundesrat seit Monaten mit dieser Vorlage, oder vielmehr, er beschäftigt sich mit ihr nicht. Ebenso steht es mit unserer Strafgesetzesordnung, welche das schlechteste Stück der Prozeßgesetzgebung aus den siebziger Jahren ist. Wir müssen uns immer mit Flickarbeit begnügen.

Die Haftung des Täters ist reformiert, d. h. zu Gunsten der Agrarier, denen die Regierung zu variieren und zuportieren und zuverlieren.

Präsident Dr. Kaempf ruft den leichten Ausdruck als unzulässig.) Das neue Strafgesetzbuch soll 1917 zur Beratung kommen, also erst im neuen Reichstag. Es wird uns das Verbot des Streitrechts bringen und das Staatsrecht soll nach den Wünschen der Scharfmacher erodiert werden. Dieser Versuch darf und kann nicht gelingen. Die organisierten Arbeiter werden sich mit allen Mitteln dagegen wehren (Bravo! bei den Soz.), sonst mühten sie die Feiglinge ein, für welche sie von gewissenlosen Scharfmachern angeschen werden. Redner polemisiert in scharfer Weise gegen den Grafen v. Westarp, der sich einer allmählichen Fortentwicklung des Staatsrechts entgegenstellt und wird wiederholt vom Präsidenten gerügt. Redner führt dann fort: Der religiöse Eid muß durch eine andere Formel ersezt oder ergänzt werden. Diese Frage wird durch die Kirchen ausstrittsweise beantwortet, besonders auf. Wie notwendig eine allmähliche Fortentwicklung ist, beweist, daß das pfändungsfreie Existenzminimum von 1500 M. den Verhältnissen bei weitem nicht mehr entspricht. Ein Familienvater kann damit seine Familie nicht unterhalten. Aber nicht nur die Mängel der Gesetze fordern unsere Kritik heraus, sondern des Scharfmachers, das von den Richtern angewendet wird, nachdem es sich um organisierte Arbeiter oder um die besserrichteten Klassen handelt.

Bei den wirtschaftlichen Kämpfen werden die Streitenden viel zu hart abgerüttelt, während die Arbeitswilligen meist straflos ausgehen.

Bei Straftaten mit politischem oder sozialpolitischem Hintergrund zeigt sich die Unfähigkeit der Richter, unparteiisch zu bleiben. Besonders verwerflich sind Korruptionsscheinungen im polizeilichen Spitzelwesen.

Eine Reform der Polizeieinrichtungen ist nötig.

Die Korruption tritt nicht vereinzelt auf, sie ist eine allgemeine Fäulniserscheinung. Herr Dr. v. Jagow sollte sich nicht als Herkules feiern lassen, bevor er nicht den Augiasstall gesäubert hat. Von den arbeitenden Klassen können Sie nach den Leistungen der Gesetz- und Rechtsprechung ein übermäßiges Vertrauen gegenüber der Gesetzgebung nicht erwarten. Eine Besserung dieser Zustände ist nur möglich bei grundlegender Änderung unserer öffentlichen politischen und wirtschaftlichen Zustände. Erst dann kann von einer wahren Gerechtigkeit die Rede sein. Wir wünschen, peccat mundus et fiat justitia.

Präsident Dr. Kaempf: Sie haben gesagt, wenn der Reichstag aufgelöst wird, dann werden die Verbündeten Regierungen schon irgend einen Wahlkreiswahlkampf finden, natürlich aufzuhaltend dieses Hauses. Das ist eine Beleidigung und ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Dr. Böse (Centr.): Die Vorgänge bei dem Krupp-Prozeß liegen auf militärischem Gebiete. Der Prozeß hat gezeigt, daß unsere Reichsgerüge auch vor großen angefeindeten Kriegen nicht zurückstehen. Die Rechtsprechung bei uns läßt hinsichtlich der Dauer zu wünschen übrig. Wie steht es mit der Reitregelung der Verhältnisse der Rechtsanwälte angeklagten? Der Verband hat eine Reihe von Vorschlägen, die allerdings recht weit gehen, aufgestellt. Der Anwaltsstag wird sich demnächst mit ihnen beschäftigen haben. Wie steht es mit dem bereits in Aussicht gestellten Gesetzentwurf über den Wettbewerbsrecht außerhalb des gerichtlichen Konkurses, der auch in diesem Jahre wieder in einer Resolution gefordert wird? Der Forderung auf Verkaufsrecht der Gemeinden bei Bauverträgen und auf Beschleunigung und Vereinfachung der Rechtsfragen in gewissen Fällen, wie es der nationalliberale Antrag verlangt, können wir nicht zustimmen. Es muß darauf geachtet werden, daß nicht die Prozeßkosten des kleinen Mannes vermehrt und ihm das Prozeßieren damit unmöglich gemacht wird. Obgleich der Verein der deutschen Journalisten zugesagt hat, daß über Sensationsprozeßfälle nicht mehr so ausführlich berichtet werden soll wie bisher, so hat sich doch eine erhebliche Besserung dieser Verhältnisse bisher noch nicht gezeigt. Der persönliche Schutz gegen Presseangriffe muß weiter ausgebaut und gesichert werden. Ich freue mich über das Urteil gegen den Verleumder des Berliner Generalintendanten. Eine Prozeßberichterstattung wie im Falle des Gedivig Müller wird vom Volke nicht verstanden. Die Behandlung dieser schönen Sünden, die eine roffiniert ausgeführte Tat im Dämmergustum begangen haben soll, untergräbt das Vertrauen zur Rechtsprechung.

Eine Vorlage zur Bekämpfung des Schuhes in Wort und Bild muß uns möglichst noch in dieser Session ausgehen. Die Frage nach den Vorstrafen muß möglichst eingehend behandelt werden. Das ist von großer Bedeutung für die Leute, die nunmehr ein einwandfreies Leben führen. Die Behandlung Geisteskranker muß reformiert werden. Eine gesetzliche Irrenfürsorge ist nötig. Es gibt kaum noch einen schweren

Verbrecher, der nicht als geisteskrank und für ungerechnungsfähig erklärt wird. Diese Art Rechtsprechung ist höchst bedenklich. (Lebhafte Sicht richtig! auf allen Seiten.) Insbesondere bedürfen wir starker Schutzmaßregeln gegen unbedachte Unterbringung geisteskranker Personen in einer Irrenanstalt und geistlicher Maßnahmen gegen die Bestellung interessierter Personen zu Bormündern dieser Internierten. Tatsächlich gemeingefährliche Geisteskrankte sollte man aber nicht nach einer gewissen Zeit aus der Anstalt entlassen und sie wieder auf die Menschheit loslassen, sondern sollte sie, wie es im Falle des Lehrers Wagner geschehen, lebenslänglich in einer Irrenanstalt bringen.

Besser wäre es allerdings gewesen, im Falle Wagner die ganze Strenge des Gesetzes anzuwenden.

Das Volk versteht diese Erledigung nicht. Wo Mängel vorhanden sind, müssen sie rücksichtslos zur Sprache gebracht werden, damit das Vertrauen zur Rechtsprechung nicht erschüttert wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schiffer-Magdeburg (nati.): Die Sozialdemokratie leitet ihre Theorie von der Klassenjustiz aus Zeitungsnachrichten her. Wir erkennen ohne weiteres an, daß Missgriffe vorkommen, aber nirgends sind sie so selten, wie bei uns. Auch den Massen, die hinter der Sozialdemokratie stehen, ist das Vertrauen zur Rechtsprechung noch keineswegs verloren gegangen. In der Frage der Verteidigung muß ein starker Schutz der Ehre gefordert werden. Wer in der Verteidigung seiner Ehre formell über die Grenze der Zuständigkeit geht, sollte nicht noch überdein verurteilt werden können. Gegenüber böswilligen Schuldern müßten die Gläubiger besser geschützt werden. Wir verlangen, daß in gewissen Fällen die Rechtspleiße beschleunigt und vereinheitlicht wird. Die Berichterstattung in Sensationsprozessen muß eine würdige sein. Es scheint aber, als ob auch im Geschäftssaal Bonn o. g. geprägt werden, um noch außen hin Eindruck zu machen.

Der Richter muß von dem Grundsatz ausgehen: Erst kommt der Mensch, dann der Jurist.

(Beifall bei den Nati.)

Abg. Dr. Loszowski (Poli.): Die Beschleunigung der Rechtsprechung muß unbedingt gefordert werden. Den politischen Angeklagten gegenüber wird nicht mit der gleichen Objektivität geurteilt, wie den übrigen Bürgern gegenüber.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr pünktlich fortgesetzt. Vorher Anfragen und Abstimmungen zum Reichsamt des Innern? — Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

S. Berlin, 16. Februar.

Am Ministerial: Minister des Innern von Dallwitz. Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr.

Die Beratung zum

Estat des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt. — Zunächst wird über die dänische Frage verhandelt.

Abg. Wittrock (Fortschr. Pkt.): Wir bedauern die Schäfe, die der politische Kampf in Nordschleswig angenommen hat. Wir freuen uns der Ereignisse von 1864. In einer wahren inneren Freude sind wir aber noch nicht gekommen. Vor 20 Jahren war es anders; da arbeiteten Dänen und Deutsche zusammen. Dann kam im Jahre 1888 der Sprachentwurf. Dadurch wurden die Dänen erbittert. Sie sagten: Man will uns die Muttersprache rauben. Die konservative Politik hat die Entzitterung der Dänen verhützt. Durch die Dänopolitik der Regierung ist vielfach das Gegenteil von dem erreicht worden, was man wollte.

Das Verlehrte wäre es, wenn man zur Kölnerpolitik, einer schärferen Handhabung der Maßnahmen gegen die Dänen, zurückkehren würde.

Die Kölnerpolitik widerspricht unserem Gerechtigkeitsgefühl und vor allem dem Staatsinteresse. Auf das Urteil der Altenburger Versammlung, in der entschieden gegen die Dänen Stellung genommen wird, darf nicht zu viel gegeben werden, denn dabei spielt das Moment der Massenuggestion erheblich mit. Die Erklärung des Ministers, betreffend Förderung der wirtschaftlichen Interessen in Nordschleswig, begrüßen wir auf das lebhafteste, denn die Grenzgebiete haben eine solche Förderung besonders nötig. Man sollte die Gegenseite nicht verschärfen, sondern überbrücken. Das Verbot von Ammenden Vortrag war nicht zu rechtfertigen und daher mußte es aufgegeben werden. Ich empfehle der Regierung, mit möglichster Mäßigung die Dänopolitik zu führen. Jeder gewaltkame Eingriff hindert die natürliche Entwicklung. Durch ritterliche und vornehme Art werden wir in Nordschleswig verhindern wirken. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Strobel (Soz.): In Nordschleswig wird eine Politik der Vergewaltigung und Drangsalierung gegen die Dänen getrieben. Der Kampf wird gegen den anstößigen Terror der Dänen geführt. Aber was sollen diese 150.000 Köpfe, um die es sich hier handelt, für einen Terror ausüben. Man sagt, die Dänen bohrtieren die Deutschen. Was bedeutet das gegenüber dem nationalen Bonkott, der von deutscher Seite ausgeübt wird. Von allen kommunalen und sonstigen Ehrenämtern werden die Dänen ausgeschlossen. Die Dänen befinden sich im Recht, wenn sie ihre Nationalität erhalten wollen. Als sich Preußen und Österreich seinerzeit über den Raum nicht einen konnten, kam es zum Krieg zwischen Preußen und Österreich. Der Kampf gegen die Dänen widerspricht unserer kulturellen und nationalen Ehre. (Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern v. Dallwitz:

Wenn der Vorredner mit Bezug auf die Ereignisse von 1864 von Raub gesprochen hat, so muß ich dagegen auf das älterenste Erwähnung einlegen. (Lebhafte Beifall rechts.) Als Kaiser Wilhelm die Heeresorganisation durchlebt hatte und nachdem es Bismarcks überragender Politik gelungen war, Österreich zu neutralisieren und Österreichs Wirtschaft zu erzielen, da konnten wir unseren deutschen Brüdern in der Nordmark zu Hilfe eilen und sie befreien.

Wenn man da von Raub sprechen kann, so ist das ein Beweis von einem Tiefstand des nationalen Empfindens. (Lebhafte Bravos! rechts.) Daß dem sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten des Folterkabinett verboten worden ist, in Flensburg einen Vortrag in dänischer Sprache zu halten, findet unsere volle Billigung. (Beifall rechts.)

Abg. Graf von Neuenkow (konf.): Es ist kein Zweifel, daß früher das Deutschtum in Nordschleswig Fortschritte gemacht hat. Das hat aber aufgehört, seitdem die Politik gegen die Dänen an Entschiedenheit verloren hat. Ich bitte die Regierung, stetig und energisch in der Dänopolitik vorzugehen.

Abg. Kloppenborg (Dän.): Die dänische Regierung hat stets forcierte Nachbarpolitik gegen uns getrieben. Für seine Angriffe gegen uns hat der Abg. Schiffer keinen Beweis erbracht. Er will eine Politik der Chilianen und der Venezuela hingegen gegen uns. Die Unterdrückung, die Preußen durch Napoleon erlitten hat, war nicht so groß wie diejenige, die die Dänen seitens Preußens erleidet. Besonders werden die Versammlungen der Dänen chanciert. Man darf nicht einmal über die Fliegerpflage sprechen. Wir fordern eine Politik der Gerechtigkeit gegen die Dänen.

Abg. von Bonin-Stormarn (freikons.): Der Vorredner hat sich ebenso wie vorgestern Abg. Riesen großer Überredungen schuldig gemacht. Gegen das provozierende Verhalten der Dänen muß energisch vorgegangen werden.

Die Debatte wird geschlossen. — Damit ist die Erörterung über die dänische Frage erledigt.

Es folgt die Debatte über

die Verhältnisse der Sparkassen.

Es liegt ein von den Nationalliberalen, dem Zentrum und den Freikonservativen unterstützter Antrag der Abg. Hohn (konf.) und Gen. vor, in welchem die Staatsregierung erfordert wird, die Ausführungsanweisung zum Gesetz, betreffend Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, dahin abzuändern, daß die öffentlichen Sparkassen Preußens in die Lage versetzt werden 1. die Einstellung ihres Pflichtbestandes an Inhaberpapieren in die Bilanz nach dem Abschlußjahr vorzunehmen; 2. die buchmäßigen Kursverluste solange vom Reservefonds abzuschreiben, als dieser nicht unter 2 Prozent der Einlagen steht; 3. die Anlagen des Reservefonds den Jahresüberschüssen hinzuzurechnen.

Abg. v. Kries (konf.): Die große Mehrzahl meiner Freunde hat Bedenken gegen den Antrag, weil wir der Meinung sind, daß seine Durchführung mit der Solidität der Sparkassen und mit den Grundsätzen einer kaufmännischen Buchführung nicht im Einklang stehen würde.

Abg. Reinhard (frk.): Bei der Beratung des Gesetzes, betreffend Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, haben wir die Befürchtung ausgesprochen, daß da die Sparkassen erhebliche Nachteile erwachsen würden. Diese Nachteile haben sich in mehrfacher Beziehung ergeben. So haben die Sparkassen durch die Inhaberpapiere große Kursverluste erlitten. Durch den Antrag sollte Nachteile des Gesetzes entgegengewirkt werden.

Die Kreditlinie des Mittelstandes ist durch das Gesetz noch verschärft worden.

Es sollte den Sparkassen in weiterer Weise, als bis jetzt der Fall, Dispens bezüglich des Erwerbes von Inhaberpapieren erteilt werden.

Minister des Innern v. Dallwitz: Das Gesetz kann nicht so ungünstig gewirkt haben. Die Sparkassen haben im Jahre 1912 größere Überschüsse gehabt, als vorher. Die Ausführungen des Abg. v. Kries waren durchaus zuverlässig. Die Kursverluste der Sparkasse können nicht sehr erheblich sein. Die Regierung ist nicht in der Lage, dem Antrage Folge zu geben.

Abg. Hausmann (nati.): Ich tritt für Annahme des Antrages ein.

Abg. Dr. Krüger (Pkt.): Ich bin nicht in der Lage, dem Vorredner zuzustimmen. Die Annahme und Durchführung des Antrages würde zur Folge haben, daß die Sparkassen zu falschen Bilanzen kommen. Die Sparkassen haben bei den Vorrechten, die sie genießen, alle Veranlassung zu einer vorstötigen Finanzverwaltung. Sie sollen vorbildlich auf diesem Gebiete sein. Wir haben erhebliche Bedenken gegen den Antrag.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr fortgesetzt. Außerdem Interpellation, betr. die überwiegenden Mängel an der Ostsee, ferner Vorlage, betr. Stadtweiterung Dortmund. — Schluß 3/5 Uhr.

Die Bündlerparade.

S. Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Offenbar, um den Eindruck der Demonstration nach außen hin zu verstärken und vor allen Dingen den Bündnabund zu übertrumpfen, hatte der Bund der Landwirte sich diesmal nicht mit einer Befreierversammlung begnügt, sondern den Birkus Busch und den Birkus Schumann mit Beifall belegt. Das Ganze lief auf eine große Sitzung hinaus, und zwar läßt sich das nur dadurch erklären, daß die neue Parole der Konseriativen und agrarischen Reaktion: "Kampf gegen Demokratie und Reichstag auf Auflösung", anscheinend selbst nicht einmal in den Kreisen des Bundes der Landwirte so eingeschlagen hat, wie man gehofft hatte.

Der Birkus Schumann, wo Dr. Oertel der Hauptredner war, war gut besucht. Auch im Birkus Busch, wo Herr v. Oldenburg-Januschau die Attraktion des Tages bildete, mußte schon um 12 Uhr, also eine halbe Stunde vor Beginn, wegen Überfüllung geschlossen werden. Aber kaum nochdem Herr v. Oldenburg-Januschau seinen Vortrag, der geradezu auffällig flau war, geschlossen hatte, da hatte der nachstehende Redner, der Bürgermeister Dr. Eberle, der Vorsitzende des Reichsdeutschen Mittelstandesverbandes, kaum noch die Hälfte der Zuhörer wie sein Vorredner. Eine häbische Illustration von der Mittelstandsfeindlichkeit unserer Agrarier. Beiden Versammlungen lag eine gleichlautende Resolution vor, die natürlich einstimmig Annahme fand und folgenden Wortlaut hatte:

Die neuen Momente der Entwicklung in Deutschland muß den Bund der Landwirte als eine große Vereinigung monarchisch gesinnter nationaler Männer mit schweren Verpflichtungen erfüllen. Auf allen Gebieten der Gesetzgebung des Reichs bemerken wir eine immer weitergreifende Rückbildung auf die Stimmen, die Wünsche und Interessen der Demokratie, die gegen militärische, steuerliche, sozialpolitische Fragen auf das deutlichste erkennbar wird. Die Vorgänge in Sachsen und ihre Behandlung, die Versuche, die Kommandogewalt des Kaisers und der Bundesfürsten einzuschränken und den Parlamentarismus zu stärken, das Überreichen des Reichs in die Steuerpolitik der Einzelstaaten sind Merkmale der neuerdings eingetretenen demokratischen Entwicklung. Der Bund der Landwirte spricht

demgegenüber seine hohe Entschlossenheit aus, der in dieser Zeit für die Monarchie, für das Reich und für das gesamte Volk gleich unfehlbare Entwicklung mit aller Entschiedenheit zu seinem Teil entgegenzuwirken.

Den beiden Versammlungen lag der gedruckte Gesellschaftsbericht vor. Im Birkus Busch, wo sich das Hauptinteresse konzentrierte, begrüßte der Bundesvorsitzende Dr. Rössle die Eröffnung. Er wies auf die Reformen hin, mit der merkwürdigweise eine wirtschaftliche Krise Hand in Hand gegangen sei. Die Hauptculp daran sei die Emissionspolitik der Großbanken. Während beim Steigen der Preise immer Larm geschlagen werde, werde jetzt von dem Sinken der Preise nicht gesprochen. Das mögen die Landwirte sich merken, denen jetzt bei ihrer relativ günstigen Situation der Himmel zu leicht voller Seigen hängt". Der Redner gedachte dann des schwedischen Bauerntags, bei dem sich germanischer Geist und germanisches Blut zeigte. (Stürmischer Beifall.) Noch stürmischer war die Begeisterung, als Dr. Rössle sich gegen die Sozialdemokratie wandte.

Die Sozialdemokratie sei jetzt in den Parlamenten an ihrem Werke; im Reichstag scheinen geradezu Freibriefe dafür ausgegeben zu sein, daß man versuche, das Ansehen des Kaiserhauses und der Fürstenhäuser durch Angriffe in ihren Rechten herunterzuziehen.

(Sehr richtig!) Der Kampf der Demokratie gegen den monarchischen Aufbau des Deutschen Reichs hat seinen höchsten Ausdruck gefunden in den Angriffen auf unsere Armee in Sachsen. Die dortigen Vorfälle, die starke Kraft unseres Heeres und seine feierlichen Gefüge zu löfern, waren eine solche Wirkung. Ein Mann nur hat es in Sachsen verstanden, solche Wirkungen weiter zu verhindern, ein Mann, mit schlichtem Gefühl und treuer Pflichterfüllung: Oberst von Neuerburg! (Stürmischer, minutenlanger Beifall. Hochrufe auf Neuerburg.) An diesem Mann erkennt man, welche Bedeutung noch heute ein Mann in Deutschland hat, der weiß, was er will, und sich berufen fühlt, seine Pflicht in voller Schönheit und Einfachheit zu erfüllen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Leider Endet hat es sich bei der Sachsen-Angelegenheit nur darum gehandelt, die Kommandogewalt der deutschen Fürsten und des Kaisers zu begrenzen. Die Regierung muß die nationalen Empfindungen benutzen zur Bekämpfung der Demokratisierung des Reichs und zum Kampf gegen die Mächte des Umsturzes. (Beifall und Händeschütteln.) Versucht die Reichsleitung das nicht, so werden wir und das ganze nationale Volk selbst den Kampf aufnehmen und siegreich durchgehen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Diedrich Hahn polemisierte gegen den nationalen Bauernbund. (Zurufe: Jubelabend!) Wenn die Nationalliberalen es ehrlich mit der Landwirtschaft meinen, dann müssen sie mit uns gehen und nicht mit der Fortschrittslichen Volkspartei. (Lebhafte Beifall.) Wenn man meint, es könne noch weiter so gewurstelt werden, so täuscht man sich. Bei dem Kampf um den neuen Solidarismus werden die Herren vom Bauernbund gewiß für unsere Forderungen einstehen. (Bravo!) Wenn der Abgeordnete Bässermann im "Deutschen Kurier" geschrieben hat, daß wir eigentlich die Feinde des Schuhzolles seien, da mit 1902 gegen den Solidarismus stimmt, so muß ich demgegenüber bemerken, daß wir dies nur deshalb taten, um eine schärfere Waffe zu erlangen. Aber nicht die Sorge um den Zoll, sondern die Sorge um den König, das Vaterland, Kaiser und Reich hat uns heute hier in so großer Zahl zusammengeführt. (Stürmischer Beifall.) Und diese Sorge ist in unseren Herzen geworden und wurde besonders empfunden, als wir von den Vorgängen in Sachsen erfuhren und von all dem, was sich daran anknüpfte.

Demokratie und Sozialdemokratie haben in Deutschland bedrohlich ihr Haupt erhoben, wie wir es noch niemals seit Gründung des Deutschen Reiches erlebt haben.

Es ist heute nicht die Frage, ob durch Sozialpolitik, Versicherung und Wohlfahrtsinrichtungen den Massen Segnungen zuteil werden sollen, nein, heute handelt es sich darum, gegen eine einseitige Klassenpolitik zu protestieren. Es handelt sich darum, daß die Gesetzgebung mehr und mehr nach den Grundsätzen des sozialistischen Programms gestaltet wird. Die Krankenversicherung wurde durchgeführt sogar bis zur Dienstbotenversicherung (Hört! Hört!), bei der vielfach leider die Dienstboten das Risiko für die gewerblichen Arbeiter mit aufzutragen müssen. (Sehr mehr!) Unsere ganze Sozialpolitik wird nur noch nach dem Willen der Sozialdemokratie eingetragen. (Zustimmung.) Die Interessen des Mittelstandes werden vernachlässigt genau wie in der Zeit von 1908 bis 1906. Es ist wohl angenehmer für die Sozialdemokratie, wenn sie nicht auf die Paradesäle zu steigen braucht, sondern nach dem Rezept der Revisionisten mit Hilfe der bürgerlichen Parteien einen Programmpunkt nach dem anderen verwirklichen können. Man will vor allem die Vermögen konfiszieren. Die eingeführte Vermögenszuwachssteuer wird ja nicht allein von den Einzelpersonen benutzt werden können zu Zuflüssen, sondern auch der weiteren Reichsfinanzreform im Sinne der Sozialdemokratie eine Stütze bieten können. (Zustimmung.) Die zweite Gefahr ist die, daß mehr und mehr die Parteien im Verlauf der unglücklichen Wahlperiode von 1908 in eine gewisse Abhängigkeit zu der Sozialdemokratie geraten sind. Wo ist der alte, stolze Freisinn aus der Zeit Eugen Richters? Heute wird der Freisinn jüdisch und demokratisch beeinflusst. (Lebhafte Zustimmung.) Wir würden mit den alten Freunden, wenn die Regierung vernünftige Sammlungspolitik trieb, schließlich doch zusammengehen, aber mit den jüdischen demokratischen Drahtziehern in Berlin können wir uns niemals verständigen.

(Stürmischer Beifall.) Darum rufen wir den vernünftigen Elementen im Freisinn zu: "Trennt euch von der Sozialdemokratie und ihren jüdischen Freunden!" (Großer Beifall.) Auch die Nationalliberalen, so weit sie Arbeitgeber nichts anderes übrig, als mit uns zusammenzugehen, zum besseren Schutz für die Arbeitswilligen, zum Schutz der selbstständigen Existenz, zur möglichsten Schaffung neuer Existenz. Der Redner fand am Schluß seiner Ausführungen abermals stürmischen Beifall.

Dann erschien der Hammerherr Herr v. Oldenburg-Januschau auf der Tribüne, mit stürmischen Beifalls- und Hochrufen begrüßt. Herr v. Oldenburg-Januschau führte u. a. aus:

"Ich komme mit eigentlich vor wie der alte Riekschimmel, der von hier aus ins Wasser springen muß."

(Heiterkeit.) Für das vergangene Jahr haben wir erhebliche Werte zu buchen, so vor allem die Wiederherstellung der allgemeinen Dienstpflicht durch die große Heeresvorlage. Was den Wehrbeitrag anbelangt, so kann ich darin nicht etwa das Zeichen einer ungeheuren Opferwilligkeit des deutschen Volkes

erbliden, denn 7 Prozent des deutschen Volkes bezahlen 95 Prozent des ganzen Wehrbeitrags. (Hört! Hört!) Für die übrigen war es gewöhnlich leicht, mit dem Vorlemoniale der anderen zu rasseln. (Heiterkeit und Scherhaftig!) Aber das eine gute hat der Wehrbeitrag, daß das wirklich vorhandene Vermögen festgestellt. Das wird den Kommunen außerordentlich zugute kommen. Die Politik zwischen den Parteien ist so kompliziert, wie ich es noch nie erlebt habe. Die Verschärfung kommt daher, weil die Linke des Bülow-Blöds glänzende Geschäfte gemacht hat auf Kosten der Rechten. Die Reichsfinanzreform bedeutet das patriotische Werk, das im letzten Reichsminister vom Reichstag ausgestanden gebracht worden ist. (Bechauer Beifall.) Der Reichskanzler hat fürgig gesagt, wir sollten uns hüten, an den demokratischen Einführung zu rütteln, die die Gründer des Reiches eingeführt zur Überwindung des Partikularismus. Der Reichskanzler hat leider kein Verständnis für Monarchie. (Heiterkeit.) Er weiß nicht, welche Empfindungen tatsächlich die Kreise des Volkes begrenzen, die als vaterländische Kreise aufgefaßt werden können. (Scherhaftig.)

Wenn der Reichskanzler glaubt, in vaterländischem Sinne etwas durchzusetzen zu müssen, dann sollte er nicht ein Gründen an den Reichstag richten, sondern ihn verpflichten und sich event. einen anderen Reichstag beseitigen. (Stürmischer, Minutenlanger Beifall; Rufe: Aufstehen!)

Lezte Drahtberichte.

Die Reise des Kaisers zur Marinestation der Nordsee.
wb. Berlin, 16. Febr. Am 3. März reist der Kaiser zur Bereidigung der Marinesträfen nach Wilhelmshaven. Unterwegs nimmt er kurzen Aufenthalt in Oldenburg, um dem Großherzog einen Besuch abzustatten. Für den 6. und 7. März ist eine Fahrt nach Helgoland zu Besichtigungsweden geplant. Die Rückfahrt erfolgt über Bremen, wo der Kaiser im Ratskeller auf Einladung des Senats das Frühstück einnimmt.

Das Kaiserpaar zum Diner beim Reichskanzler.

wb. Berlin, 16. Febr. Die „Nord, Allg. Ztg.“ meldet: Das Kaiserpaar hat sich für das heutige Abend beim Reichskanzler und Frau v. Bethmann-Hollweg stattfindende Diner angezeigt. Einladungen hierzu erhielten: der bayerische, der mecklenburgische und der sächsische Gesandte, sämtlich mit Gemahlin, Generaladjutant von Löwenfeld, General v. Pflug und Gemahlin, der Generaldirektor der Bibliothek Virffl. Geh. Rat Harnack und

Handelsteil.

Der Weinmostertrag in Preussen 1913.

Der Mostertrag und dessen Wert wird, wie wir der „Statistischen Korrespondenz“ entnehmen, nach den Auskünften der Ortsvorstände derjenigen Gemeinden berechnet, in denen bei der Anbauermittelung eine im Ertrage stehende Rebliese von mindestens 20 Hektaren festgestellt ist. Im Berichtsjahr gab es an solchen Weingemeinden 233 mit zusammen 15 238 ha oder 89 vom Hundert der ganzen bestockten Fläche. Bei der Berechnung des Ertrages an Menge und Wert für die übrigen 31 Hektaranteile werden die fraglichen Ergebnisse jener 233 Gemeinden angenommen. Im ganzen ergab die Anbauermittelung vom Juni 1913 in Preussen 20 093 ha Rebland, von denen 17 216 ha bestockt waren. Davon entfielen 15 618 ha auf weißes und 1 485 ha auf rotes Ge- wächs; die übrigen 2 877 ha standen nicht im Ertrag. Auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilten sich diese Flächen, wie folgt:

Regierungsbezirk	Hektar Rebland		nicht überhaupt Ertrage
	bestockt mit weißem rotem Gewächse	zusammen	
Frankfurt	97	96	193
Posen	6	130	136
Liegnitz	460	308	768
Merseburg	258	84	342
Erfurt	3	—	3
Cassel	17	1	18
Wiesbaden	2 002	64	2 066
Koblenz	7 075	873	7 948
Köln	37	35	72
Trier	4 763	3	4 766
Aachen	—	4	4
			8

Der Ertrag und sein Wert werden seit 1908 nicht mehr wie früher nach politischen, sondern — weil charakteristischer — nach natürlichen Weinbaugebieten aufbereitet, deren Gewächse von annähernd gleicher Art sind. Als solche Gebiete werden in Preussen angenommen: 1. die in den Regierungsbezirken Frankfurt, Posen und Liegnitz, 2. die im Regierungsbezirk Potsdam und in einigen Kreisen des Merseburger Bezirkes sowie 3. die im Saale- und Unstrutgebiete Weinbaubetreibenden Gemeinden, 4. das Maingebiet, 5. der Rhein gau, 6. das Rheingau, 7. das Nahegebiet, 8. die Gebiete der Mosel, Saar und Ruwer, 9. das Ahr-, 10. das Lahngau und 11. die in den Kreisen Langensalza, Erfurt (Land), Witzenhausen, Geismhausen, Oberthüringen und Dörren vereinzelt vorkommenden Gemeinden mit Rebland. Da es im 2., 10. und 11. Gebiete an Weingemeinden mit 20 und mehr Hektaren ertragfähigen Reblandes fehlt, mußten hier die für den Staat ermittelten Durchschnittsziffern ausgenommen. Der so errechnete Ertrag des ganzen bestockten Reblandes von 17 216 ha bezifferte sich auf 218 264 hl Most im Werte von 15 925 788 M., wovon 214 254 hl, bzw. 15 700 630 M. auf Weiß- und 4010 hl, bzw. 225 168 M. auf Rotweine entfielen. Von beiden Gewächsen zusammen brachte das Hektar also im Staat durchschnitt 12.7 hl im Werte von 925 oder 78 M. für das Hektoliter; nach der Farbe unterschieden ergaben sich bei den Weißweinen 13.7 hl, bzw. 1005 M. bei den roten 2.5 hl, bzw. 141 M. vom Hektar, so daß sich der Preis für das Hektoliter Weißwein auf 73.3 und der für Rotwein auf 56.2 M. berechnet.

Hinsichtlich des Gesamtwertes des gekelterten Mostes ist das Jahr 1913 fast das schlechteste in der Jahresreihe seit 1902; denn nur 1909 hat noch etwas weniger ergeben, und zwar rund 488 000 Mark. Dagegen steht der durchschnittliche Hektoliterpreis des letzten Herbstes mit 78 Mark ziemlich obenan, da nur 1910 und 1911 (mit 83.4 bzw. 82.3 Mark) mehr erzielt. Obgleich der letzte Jahrgang hinsichtlich der Güte nicht gerade ungünstig beurteilt wurde, so dürfte ihm doch nicht eine dem

Gemahlin, die Hofstaatsdame Fräulein v. Gersdorff, Oberpräsident von der Schuleburg und Gemahlin, Unterstaatssekretär Wahnschaff, Generalmajor von Chelius, Kabinettsrat der Kaiserin v. Spizemberg, der diensttuende Flügeladjutant Major v. Caprivi und Oberleutnant Freiherr v. Söll.

Ein neuer Weltrekord im Freiballon.

8 Berlin, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht) Einem Telegramm zufolge, das beim Fahrtenausschluß des Berliner Vereins für Luftschiffahrt einging, ist der Ingenieur Berliner mit dem Freiballon „S. S.“ nach 47stündiger Fahrt, die von Bitterfeld ausging, bei Kirchhain im Uralgebiet glatt gelandet. Die Meldung ist sehr verpätet eingetroffen, da Herr Berliner von den russischen Behörden aufgehalten wurde. Die Länge der zurückgelegten Strecke beträgt über 3000 Kilometer und durfte dem deutschen Ingenieur den Weltrekord im Freiballonsfluge einbringen. Der bisherige Rekord betrug 2970 Kilometer und wurde ebenfalls von einem Deutschen gehalten.

Das Vorgehen gegen das deutschfeindliche „Journal d'Alsace-Lorraine“.

++ Straßburg, 16. Febr. Heute widelte sich der zweite Art eines vom preußischen Kriegsministerium eingeleiteten Verfahrens gegen die hier in französischer Sprache erscheinende Zeitung „Journal d'Alsace-Lorraine“ ab. Die Zeitung hat in einem Artikel vom 25. Juli v. J. die Ansicht vertreten, daß im Kriegsfall die Elsässer Lothringer in die vorderste Reihe gestellt werden würden, damit man sie am besten loswerde. Das Kriegsministerium hatte deshalb gegen die Zeitung Anklage eingeleitet und der verantwortliche Redakteur Züng wurde seinerzeit zu einer Haftstrafe von drei Wochen verurteilt, die er bereits verbrüht hat. Aus dem Verdonum des Artikels wollte nun der Staatsanwalt wissen, daß der Verfasser der Mitredakteur Mind sei, und die Staatsanwaltshof zog deshalb auch diesen zur Verantwortung. In der heutigen Verhandlung vor der Strafkammer in Straßburg beantragte der Staatsanwalt gegen Mind als Verfasser des Artikels eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Das Gericht jedoch konnte sich nicht genügend überzeugen, daß Mind der Verfasser sei, und sprach ihn deshalb frei.

Die russische Kabinettsskrise.

wb. Petersburg, 16. Febr. Den Gehilfen des Finanzministers Olowiski, Weber und Nowitski, ist die von

ihnen erbetene Entlassung bewilligt worden.

Der Rücktritt der Direktoren der Kreditanstalt Davidoff, der Staatsbank Konchin und der allgemeinen Kanzlei des Finanzministeriums Nowow steht bevor.

Eine Auszeichnung des Grafen Berthold.

wb. Wien, 16. Febr. Der Kaiser hat dem Grafen Berthold das Großkreuz des St. Stephansordens verliehen.

Selbstmord der Mutter des Märkers Wolf.

Stuttgart, 16. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Wolf in San Remo hat ein weiteres Opfer gefordert. Hier starb sich die Mutter des Märkers Wolf, der den Leinwandkunst Siegall ertröd aus Verzweiflung über die Tat ihres Sohnes aus dem 4. Stock ihres Wohnhauses in die Tiefe und war sofort tot.

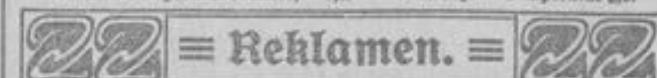
wb. Bamberg, 16. Febr. Kommerzienrat Heinrich Manns, früherer Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Erlangen-Höchstädt, ist nach längerem Leiden im Alter von 62 Jahren gestorben.

Wetterberichte.

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

15. Februar	7 Uhr	8 Uhr	9 Uhr	Mittel
	morgens	nachts	abends	
Barometer auf 0° und Normalschwere	760.3	755.2	753.2	754.8
Barometer auf dem Meeresspiegel	762.7	760.3	760.7	763.3
Thermometer (Celsius)	5.6	8.0	4.8	5.3
Dunstspannung (cm)	5.7	7.5	6.2	6.5
Relative Feuchtigkeit (%)	97	93	97	97
Wind-Eisrichtung und -Stärke	NO 1	NO 1	still	—
Niederschlagsdichte (mm)	0.6	0.1	—	—
Höchste Temperatur (Celsius)	8.2	Niedrigste Temperatur 2.8.		



Erklärung!

Mein kleiner Sohn, der von seinem Vaterlosen und der Mutterlosen ist, hat sich durch Biofon so vorzüglich entwickelt, daß ich jetzt meine volle Freude an ihm habe. Er wurde bald nach Beginn des Biofongenusses viel lebhafter und bekam wieder Appetit, der ihm so lange fehlte. Er ist jetzt ein wisslicher Wissenschafts- und Natur- Spezialist vertrautet ihm viele Verwandtschaftsbeziehungen, Biofon dagegen ist ihm immer vorzüglich begegnet und das einzige Mittel, das auch mich bei meiner schwachen Natur kräftig und widerstandsfähig erballt, ein unerschöpflicher Vorrat von Energie und Schaffensfreude. Frau Gabriele Kauft die Eltern Dresden-N., Opernstraße 38. Unterstift beglaubigt: 17. 9. 13. Dr. Gölle, Not. Notar. Biofon, das Palet, mehrere Wochen ausreichend, M. 3.— in Apotheken, Drogerien.

Versicherungssumme: Erhöhung 86 741 957 M. Gesamtbetrag Ende Januar 1914: 2 505 928 901 M. (Vorjahr 2 385 264 049 M.) — Prämien: im Monat Januar 1914: 840 718 M. (Vorjahr 807 123 M.) — Ertrag des Vermögens: 168 595 M. (Vorjahr 148 295 M.) — Brandschäden: 123 487 M. (Vorjahr 126 667 M.) — Fusion zweier Versicherungsgesellschaften. Die Albingia, Versicherung A.-G. in Hamburg, übernimmt die Glasversicherung A.-G. Halensia in Halle. Die Albingia hat 6 MEL M. Kapital, die Halensia 100 000 M. Aktienkapital.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister B. Nr. 272 wurde bei der Firma „Thalia-Theater-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen: An Stelle des Kaufmanns Engelbert Stroh zu Wiesbaden, ist Rentner Emil Bommert zu Wiesbaden zum Geschäftsführer bestellt.

Amtliche Notierungen vom Wiesbadener und Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 16. Februar.

Eigene Berichte des Wiesbadener Tagblatts.

Wiesbadener Preise.	Frankfurter Preise.
Lebendgewicht, Paketfahrt	Lebendgewicht, Paketfahrt
Per 50kg	Per 50kg
40-55	57-94
50-54	59-56
55-60	50-52
60-65	50-50
65-70	50-50
70-75	50-50
75-80	50-50
80-85	50-50
85-90	50-50
90-95	50-50
95-100	50-50
100-105	50-50
105-110	50-50
110-115	50-50
115-120	50-50
120-125	50-50
125-130	50-50
130-135	50-50
135-140	50-50
140-145	50-50
145-150	50-50
150-155	50-50
155-160	50-50
160-165	50-50
165-170	50-50
170-175	50-50
175-180	50-50
180-185	50-50
185-190	50-50
190-195	50-50
195-200	50-50
200-205	50-50
205-210	50-50
210-215	50-50
215-220	50-50
220-225	50-50
225-230	50-50
230-235	50-50
235-240	50-50
240-245	50-50
245-250	50-50
250-255	50-50
255-260	50-50
260-265	

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-pan".

Schalter-Blatt, geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernaus:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonnab.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 20 Pf. monatlich. Nr. 2 — Wochenausgabe durch den Verlag Langgasse 21, ohne Springer-Blatt. Nr. 3 — vierzehntäglich durch alle deutschen Buchhändler, ausländische Buchhändler, — Bezugs-Verkäufer nehmen außerdem entgegen: im Wiesbaden die Postbüro, die Postbüro Südwürttemberg 29, sowie die Ausgabe-Säulen in allen Teilen der Stadt; in Biedenkopf: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Dörfern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Bezugs-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin, Wilmersdorf, Gümmerstr. 66. Berl. T. 1500 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin, Wilmersdorf, Gümmerstr. 66. Berl. T. 1500 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wochen wird keine Befreiung übernommen.



Dienstag, 17. Februar 1914.

Die Verträge über Kleinasien.

Die deutsch-französische Abmachung über die türkischen Eisenbahnen und Finanzfragen, welche die Form eines Abkommen zwischen der Deutschen Bank (die zugleich die Anatolische und Bagdadbahn-Gesellschaft vertritt) und der Kaiserlichen Ottomanischen Bank hat, ist jetzt, wie gemeldet, im Auswärtigen Amt von den beiderseitigen, also den deutschen und den französischen Unterhändlern paraphiert worden. Das bedeutet, daß die Unterhändler sich über das Abkommen geeinigt haben, daß es aber noch der Zustimmung der deutschen und der französischen Regierung bedarf, die allerdings als sicher gelten kann. Doch bildet eine weitere Voraussetzung für das Inkrafttreten dieses Abkommens die Einigung beider Parteien mit der türkischen Regierung, worauf aber ebenfalls mit Sicherheit gerechnet wird. Endlich laufen neben diesen deutsch-französischen, deutsch-türkischen und französisch-türkischen Verhandlungen noch die deutschen, welche nach der vor einigen Tagen abgegebenen Erklärung des Premierministers Asquith ebenfalls dem Abschluß nahe sind.

Was den Inhalt aller dieser Abmachungen betrifft, so werden sie erst offiziell bekannt gegeben werden, nachdem die letzten Formalitäten erledigt sind. Die Gründüge der verschiedenen Abkommen sind jedoch schon jetzt bekannt. Zunächst verzichtet Frankreich auf die Beteiligung der Regie Générale des Chemins de fer Anatolie an der Bagdadbahn, die bisher 30 Prozent der Anteile betrug. Die französische Presse tut so, als ob das ein sehr großes Opfer für Frankreich sei, aber es muß bedacht werden, daß der französische Einfluß in der Bagdadbahn ohnehin nicht der Kapitalbeteiligung entsprach. Weiter haben sich Deutschland und Frankreich über den Anschluß der geplanten französischen Schwarzen Meer-Eisenbahn, für die Frankreich im Einverständnis mit Russland die Konzession von der Türkei erhalten hat, an die Bagdadbahn geeinigt. Dieses nordanatolische Bahnnetz wird die Linien Samsun am Schwarzen Meer-Sivas-Diarbeyir-Mardin mit einer nördlichen Abzweigung von Sivas über Erzerum nach Kars umfassen, wo der Anschluß an die russischen Bahnen eintritt. Dieser Einigung zwischen Frankreich und Russland entspricht die bei der Potsdamer Entrevue von 1910 erfolgte Verständigung zwischen Deutschland und Russland, derzufolge die Bagdadbahn an die von Russland geplante transversale Bahn Anschluß finden wird. Endlich verzichtet Deutschland zugunsten Frankreichs auf jede Beteiligung an dem Bau von Bahnen in Syrien, das also ganz französische Interessenbereiche bleibt. Zu diesem Punkt soll offen ausgegeben werden, daß auf deutscher Seite auch der Standpunkt mit sprach, daß die finanziellen Kräfte des deutschen Kapitals durch die Fortführung der Bagdadbahn und ihrer Zweiglinien hinreichend und auf absehbare Zeit in Anspruch genommen sind.

Feuilleton.

Cäcilien-Verein.

Ein neues Werk unter einem neuen Dirigenten —: daß war die Signatur des gestern abend stattfindenden Konzerts im "Cäcilien-Verein". Der neue Dirigent ist, wie bekannt, unser Städlicher Musikdirektor Herr Karl Schuricht, der an Stelle des leider erftannten hochgeachteten Kapellmeisters B. Kogel die Leitung des Vereins übernahm und auch dieser Aufgabe seine ganze Kraft wiederte. Eine unbewegliche Energie steht in diesem jungen Künstler und eine Musikbegeisterung, die er mit rücksichtsloser Dreingabe seiner selbst, aller Anstrengungen spottet und über alle Hindernisse hinweg siegreich seinen Weg zur Höhe nimmt! Durch strophen Schwung und unweigerliche Verherrlichung des Stoffes war auch gestern seine Direktion gekennzeichnet, und der "Cäcilien-Verein" verrichtete wahre Wunderdienste unter seiner Leitung.

Das neue Werk bedurfte solcher Hingabe, denn es erhebt sich weit über Alltägliches: "Eine Messe des Lebens" von Frederic Delius. Es ist gewiß kein übler Gedanke, wie man den Tod durch feierliche "Messen" in der Kunst zu verherrlichen strebte, so auch dem Leben eine feierliche Messe zu weißen. Als Text-Unterlage diente Friedr. Reichardts "Barathusira", aus welchem F. Gossler geeignete Abschnitte für die Komposition auswählte. In der Hauptfuge wurden die beiden "Tanzlieder", das "Nachtlied", die "Alten und Neuen Tafeln" und das "trunkene Lied" benutzt und möglichst geschickt auf Chor und Soli verteilt. Die Hauptpartie hat der Bariton, dem alle Auslassungen Barathusiras von mehr persönlicher Natur zugedacht sind. Das "Spiel des Lebens" steht sich in diesem Messewerk nicht gerade sehr "heiter" an. Der ironisierende Inhalt hat trok aller verklärten

Wenn aber französische wie englische Blätter schon jetzt vor der genauen Bekanntgabe des Inhalts der Abmachungen so tun, als ob die Vorteile hierbei nur auf deutscher Seite liegen, so ist das eine allzu durchsichtige Taktik, als daß man sie ernst nehmen könnte. Sowohl Frankreich wie England haben ganz erhebliche Zugeständnisse erzielt, deren Abwägung im einzelnen natürlich nicht so leicht ist und zum Teil Ansichtssache bleiben wird, da hier überall Zukunftsmöglichkeiten die Hauptrolle spielen. Jedenfalls eröffnen sich für Frankreich durch die Konzessionen zum Bau und zur Ausnutzung der Bahn am Schwarzen Meer und durch die Konzessionen für Jaffa, Haifa und Syrien-Tripolis am Mittelmeer weite Perspektiven. Was ferner England betrifft, so erklärt es sich zwar damit einverstanden, daß die Bagdadbahn bis Basra ausgebaut wird, aber es hat eben sein "bis hier her und nicht weiter" ausgesprochen. Basra wird der Endpunkt der Bahn bleiben, während die Weiterbeförderung nach Koweit und zum Persischen Golf auf dem Wasserwege erfolgen muß. Die von England übernommene Verpflichtung zum Ausbau des Hafens von Basra ist nur ein sehr mäßiges Pflichter auf die Wunde, um so mehr, da vielleicht die Gefahr vorliegt, daß die englischen Schiffahrtsgesellschaften auf dem Euphrat und Tigris durch verbilligte Tarife einen Teil des Verkehrs von der Bagdadbahn zu sich hinüberziehen. Es ist bisher noch nichts darüber bekannt geworden, inwieweit die Abmachungen einen Schutz gegen eine solche Konkurrenz von englischer Seite sowie gegen die gleiche Gefahr enthalten, die der Bagdadbahn mit ihren Zweiglinien etwa durch die künftigen französischen Bahnen drohen können.

Diese Fragen werden sich natürlich erst beurteilen lassen, nachdem die Einzelheiten der Abmachungen bekannt gegeben sind. Jedenfalls wird man schon jetzt mit Genugtuung die Tatsache feststellen können, daß die Bagdadbahn ein deutsches Unternehmen bleiben wird, wie andererseits feststeht, daß dies gesamte Bahnunternehmen so günstig angelegt ist, daß sein Aktionsradius die aussichtsreichsten Gebiete umfaßt, die größten wirtschaftlichen, ja vielleicht, um das vielfach mißbrauchte Wort anzuwenden, unbegrenzte Möglichkeiten eröffnet. Denn wenn die durch die Bagdadbahn eingeleitete Kulturrarbeit in der geplanten Weise fortfreite und wenn Deutschland und Frankreich, die hier zum Nebeneinander arbeiten gezwungen werden, dies in praktischem und nüchternem, das heißt in friedlichem und versöhnlichem Sinne tun, dann könnte nicht nur Kleinasien das Land der unbegrenzten Möglichkeiten werden, sondern es könnten sich vielleicht auch sonst noch mancherlei bedeutsame weltpolitische Möglichkeiten ergeben.

Die Beurteilung in der französischen Presse.

wb. Paris, 16. Febr. Über das deutsch-französische Abkommen, betreffend die kleinasiatischen Bahnen, schreibt das "Journal des Débats": Nun beobachtet in den hiesigen diplomatischen Kreisen dieselbe Zurückhaltung wie in

Verantwortlichkeit wenig Verantwortendes; doch die glänzenden oder oft nur blödenden dichterischen Worte wird niemand leugnen; sie könnten zum Teil sehr wohl die musikalische Phantasie anregen.

Doch der Komponist Fred. Delius durchaus auf modernem Boden steht, wissen wir schon aus seinen hier aufgeführten Orchesterwerken "Brigg Fair" und "Lebenstanz"; doch sind diese verhältnismäßig einfach gegen die "Lebenstanz", mit welcher sich Delius als ein Vertreter des modernen musikalischen Impressionismus bezeichnet. In einem Geleitwort zu seinem neuen Werk sagt er selbst: "Meine Idee war einfach, die Sinfonie wiederzugeben; der bloße Unterton ohne die musikalische Farbe des Ganzen gibt keine Vorstellung von meiner Musik; ich bin zunächst und vor allem Kolorist." Dies Selbstverständnis des Komponisten ist zugleich die beste Kritik seines Werkes. Beweis der "Kolorist" gibt seine Vorstellung von dieser Majestät, welche alle Merkmale hypermoderner Kunst an sich trägt. Keileinweis trifft man auf keinen reinen Dreistlang mehr; überall rhapsodische Form, freie Verwendung mehr oder minder melodischer Motive, — wobei der Komponist eine reiche, erfinderische Phantasie hervorhebt. Statt eindeutlicher Tonalität eine oft befremdende Dissonanzreiche Chromatik und Enharmonie; die allgemeine Orientierungslosigkeit unserer Zeit verträgt ja in diesem Punkte Delius' Kolorist; demgegenüber ist es denn schon erfreulich, daß Delius sich vor allzu brutalen Störungen fernhält: es ist sein Geheimnis, wie er auch scharfe harmonische Wurzeln zu mildern, gleichwie in einem musikalischen Dämmerlicht zu hüllen versteht; er ist ein Meister in der Kunst der flügeligen Harmonie; die wirkungsfähigere und raffiniertere Behandlung des Orchesters ist zu bewundern. Gegen diese instrumentale Kunstfertigkeit fällt das gesangliche Element etwas ab: hier vermag man doch fairmäig eine mehr weitgezogene Tönung. In den "Tanzliedern", wo der Chor auf die Natur

Berlin. Zumindest erklärt man, daß Frankreich durch das neue Abkommen keine Rechte, sondern lediglich Hoffnungen aufgibt. Deutschland habe dank seiner Expansionstätigkeit versucht, sich in der französischen Einflusszone festzusehen und hätte dies auch vielleicht zuwege gebracht. In Kleinasien seien eben die Wege dunkel und unbestimmt, weil die Pforte häufig verschiedenen Ländern dieselben Konzessionen bewilligt habe. Es war also das Beste, sich zu verstehen. Indem wir den Deutschen eine Zone zuerkannt haben, sichern wir uns die unsre, in welcher sie in mehr als einem Punkte sich festsetzen. Am besten war es also, alles in allem genommen, daß man an einer bisher offen gebliebenen Tür einen Riegel vorgeschoben hat.

Der "Petit Parisien" schreibt: Sie kommen nur dank der courtoisievollen Beziehungen und dem beiderseitigen guten Willen zum Ziele führen. Vielleicht ist in diesem Abkommen ein Unterpfand der Verhübung zu erblicken. Es handelt sich da um ein ungeheures Gebiet, dessen Reichthum im Altertum berühmt war, wirtschaftlich zu verwerthen. Das deutsch-französische Abkommen erlangt einen besonderen moralischen Wert, wenn man es als einen Teil der gesamten neuen asiatischen Abmachungen betrachtet.

Der "Figaro" sagt, das gegenwärtige Abkommen bietet für uns eine Liquidation, und zwar eine verspätete und deshalb schlechte Liquidation. Der wesentliche Punkt ist unser Vergleich auf die Bagdadbahn. Niemals erscheint der Mangel an Folgerichtigkeit und eines zielbewußten Planes deutlicher als in unserer Orientpolitik während der letzten 20 Jahre. Man wird vielleicht einwenden, daß gebietserliche Pflichten uns von unserer Orientpolitik abgelenkt haben, daß wir uns Marokko zuwenden mügten. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn schon 1904, als die marokkanische Krise durch die Abmachungen mit England und Spanien in den Vordergrund traten, haben wir im Orient Fehler begangen, deren Folgen sich heute schwer fühlbar machen.

Der "Gaulois" fragt: Sicht die Entschädigung, die wir erhalten, im Verhältnis zu den verlorenen Vorteilen? Darüber ist eine Selbstläuscherung nicht möglich. Die Bahnlösungen, die und erzielt werden, haben im Vergleich zur Bagdadbahn nur eine nebenstehende Bedeutung, aber wir wollten uns gegen die Möglichkeit einer fremden Konkurrenz schützen und wenn das das Ziel der französischen Unterhandlungen war, so kann man sie darum nicht tadeln. Wie haben uns die Vorteile eines Rückzuges gefügt, welchen wir hätten vermeiden können, wenn unsere Diplomatie vorausblickend und taktisch gewesen wäre.

Der unzufriedene "Tempo".

wb. Paris, 16. Febr. In einem Leitartikel über das deutsch-französische Abkommen über die kleinasiatischen Bahnen schreibt der "Tempo": Die Grundlagen dieses Abkommens bilden die Ausschaltung Frankreichs aus der Bagdadbahn, also aus dem einzigen großen, transasiatischen Schienenweg. Dieses Ergebnis bildet ein entschiedenes Dement aller derjenigen Reden, in welchen die französischen Minister seit zwölf Jahren behauptet haben, daß Frankreich an der Lösung dieser Frage teilnehmen werde. Die französischen Unterhändler in Berlin hatten die unanfahrbare Aufgabe, den für uns noch übrigbleibenden Rest halbwegs annehmbar zu gestalten. Jedenfalls bezahlen wir die von dem reichsgezeigten Tisch gefallenen Prozesssummen, die man sonst unentgeltlich erhält, sehr teuer. Lange Jahre verlängerten Tretmäher haben uns in diese Lage gebracht. Frankreich, das aufgeschäfert, verringert

laute Balala zu singen hat, verdichten sich die Motive bisweilen zu ganz seltsamen, fast an die "Nigger-Songs" gehöhnenden melodischen Weisen: es sind die exotischen Farben auf der Palette des Komponisten. Im Grunde stellt sich das Werk als eine schwelgerliche Gardensinfonie dar: der Kolorist bleibt Sieger. Er weicht mit allen jenen modernen Kunstmitteln in der Tat jede Stimmung bis in ihre leisesten Regungen und gartesten Ausstrahlungen zu verdeutlichen. Und hier sind es nicht nur Stimmungen der Seele, sondern auch Stimmungen der Natur, gleichsam "landschaftliche Stimmungen" — die Heimlichkeit des bunten Grases, die Abendföhre des Waldes, der heiße Mittag — welche Delius mit Gest zu vertonen, durch den Ton zu vergeistigen strebt. Bleibt nur zu bedauern, daß dabei die melancholischen, elenden, traurigen oder gräßlichen Stimmungen in dieser "Lebenstanz" fast nach Riechthei so vielfach überwiegen, auf die Dauer — von 12 Nummern nehmen nur zwei oder drei einen herzhaften Aufschwung — wird dadurch eine gewisse abmattende Gleichförmigkeit im Charakter der Musik erzeugt. Am eindrucksvollsten höben sich hervor: das lebhafte Gelehrte, dabei lustreich gefügte erje "Tanzlied" mit dem ruhigen Allolo "O Zarathustra, jenseit von Gut und Böse"; dann vor allem das ganz wunderbar berührende "Heiterer Mittag" — mit dem elastischen Sopranolo "Sein Glück lacht". Und aus dem zweiten Teil der stürmisch ausgreifende Chor "Heraus, nur heraus!", das rief-empfunden Radiflied; und endlich die Schlussnummer mit dem feierlichen Ernst der "Mitternacht" — wohl das Gefüge mit und innerlich tiefgründende, was dieses so merkwürdige und im eingehenden zu interessante Werk uns bietet!

Die Schwierigkeiten für die Ausführung sind enorm. Das Orchester hat den ganzen Pomp moderner Virtuosität zu entfalten: hier leistete die Klarinette Herrorragendes an technischer Bravour und flüssiger Feinheit, Mannig-

und ergreift ist, kann die Schuld an diesem läglichen Ergebnis nur jenen beimesse, die in seinem Namen gesprochen haben. Es bleibt uns allerdings der Vorteil, daß ein Streitfall geregelt, und zwar mit Deutschland geregelt wurde. Gewiß, dadurch wird die Konföderation bestätigt und wir besitzen eine, glücklicherweise in der Minorität befindliche Schule von Diplomaten, welche jedes Abkommen mit Deutschland, mag es um welchen Preis auch immer erlaubt sein, für einen Sieg hält. Es ist dieselbe Schule, welche 1911 erklärte: Geben wir Deutschland einfach den ganzen Kongo, das hat keine Bedeutung. Und da wir diesmal kein französisches Gebiet abtreten, werden unsere Triumphatoren noch leichteres Spiel haben. Diese Gnadenverfassung entspricht keineswegs der Ration. Das französische Volk fühlt sich noch nicht so herabgekommen.

Nach der Bündlerparade.

O Berlin, 16. Februar.

Der Vorstand des Bundes der Landwirte hat für die diesjährige Generalversammlung, die im Circus Busch und im Circus Schumann zu gleicher Zeit und unter starkem Besuch stattfand, eine gegen früher bemerkenswert veränderte Tattit für nüchtern gehalten. Die wirtschaftlichen Momente wurden nämlich so gut wie ganz zurückgestellt, dagegen wurde die den beiden Versammlungen vorgelegte und selbstverständlich einstimmig angenommene Resolution auf den Ton des politischen Kampfes gegen die demokratischen Strömungen abgestimmt. Demgemäß kam auch in den Reden das Wirtschaftliche nur nebenbei zum Ausdruck. Wohl hielte die Vorstehende Dr. Koelke die Regierung, weil sie vorsichtig mitgeteilt habe, daß sie nicht beabsichtige, die Handelsverträge zu kündigen, aber der Tadel geblieb mit Waffen. Der Redner fügte nicht die sonst in allen bisherigen Bundesversammlungen üblich gewesene Forderung einer abermaligen Erhöhung der Lebensmittelzölle hinzu, und diese Zurückhaltung ist begreiflich genug, da es bei der guten Vage der deutschen Landwirtschaft undenkbar erschien, daß der Kampf für Zoll erhöhungen beim Reichstag und bei der Reichsleitung Gehör finden könnte. Um so breiter und lebhafter ergingen sich alle Redner in Schilderungen der vermeintlichen Gefahren, die der Kommandogewalt des Kaisers und den monarchischen Grundsätzen von der angedrohten demokratischen Hochzeit drohen sollen. Dabei kann natürlich die Sicht nach einem neuen Reichstag, in welchem die konserватiven ihre Zahl und ihren Einfluß verstärken könnten, zu einem geradezu leidenschaftlichen Ausdruck. Halt alle Redner, besonders die Herren Koelke und v. Oldenburg-Jauchau, machen sich zu Vorträtern der Reichsaufklärung, aber es gelingt jedesmal mit einem Unterton der Gewissheit, daß dieser Wunsch doch wohl nicht erfüllt werden. Versammlungen, in denen neben den preußischen Bündlern auch solche aus den anderen Bundesstaaten sahen, konnten natürlich nicht dazu benutzt werden, um den vorengbündlerischen Partikularismus erneut in den Vordergrund zu stellen, und so waren denn die Angriffe auf den Reichskanzler wegen seiner jüngst im Landwirtschaftsrat unternommenen Zurückweisung dieser gefährlichsten Richtung des partikularistischen Geistes ziemlich gedämpft. Aber der Grundzug aller Reden war doch der des starken Misstrauens gegen eine Regierung, die es wagt, in dem Zusammenhang zwischen dem ostelbischen Sondergeist und den Bedürfnissen der Reichsinteressen wenigstens einigermaßen einen mittleren Kurs einzuschlagen. Tros des gewohnt rüstigen Tons, der in beiden Versammlungen herrschte, kann man als leichten Eindruck von dieser Bündlerparade feststellen, daß die konseritative Kampffstellung durchaus keine Befestigung erfahren hat.

Deutsches Reich.

* Eine bayerisch-offizielle Auskunft über die gegenwärtige Situation im Reich. Die "Bayerische Staatszeitung" bemerkt in ihrer Montags-Ausgabe zur inneren Lage im Reich: In der inneren Politik des Reiches ist die im Interesse der ungehörten Wichtigkeit der nationalen Kräfte erwünschte Ruhe allmählich wieder zurückgeföhrt. Die vorsteh-

fälligkeit und Fülle. Ohne doch den Chor in Schatten zu stellen. Die meisten Abschnitte sind für stimmigen Chor gesetzt; der Frauenchor ist wiederholt noch selbstständig in vier Partien geteilt. Den Stimmen in begug auf die Führung, die Einigkeit und die Treffsicherheit oft unglaubliches ausgemutet. All dergleichen Details auf ihre Meinheit und Richtigkeit noch zu prüfen — wer wollte sich das bei dieser Muß unterfangen! Vertrauen wir da der Weisheit des Dirigenten, der gestern jedem einzelnen seine Aufgabe förmlich zu suggerieren schien und so über alle Fähigkeiten hinweghat. Nach Seiten eines schönen, abgeklärten Piano leistete der Chor mehrfach geradezu überraschendes und widmete überhaupt dem anspruchsvollen Werke die energievollste Hingabe.

Unter den Solisten rägte der Bariton Herr Beberer-Prina (aus Berlin) hervor, dem, wie schon angedeutet, die umfassende Aufgabe zugefallen ist. Trotzdem der Sänger die Partie in letzter Stunde (an Stelle des angeländigten Herrn Dr. Denis) übernommen hatte, beherrschte er sie doch mit sicherem Kunstgeschick. Aus dem langatmigen Solo "Süße Leier" — vermochte auch er kein Neuer zu schlagen: hier erjährt jener mahlisch-hypnotische Stil des Komponisten schon fast zur Manier erkennbar, und auch das Medium — Publikum — verfügte. In den weiteren Solonummern, die übrigens teilweise mit manchen Wagnerismen arbeiten, fand der Sänger dann bessere Gelegenheit, seine Vorzüge geltend zu machen. Als Solovokalistin glänzte Frau Minnie Dauvach von Lammer durch feine Kultur der Stimme und schwärmerischen Gefühlsüberdruss im Vortrag; und in den Altos brachte Dr. G. Leisner ihr warmes, gluckreiches Organ und edle Empfindungsweise zu nachdrücklicher Wirkung. Die Tenorpartie lag in Händen des Herrn P. Schmedes (Wien), dessen Stimme zwar stark gelodert erschien, doch, wie immer, durch sympathische Weichheit für sich einnahm.

lichen Worte, welche der Reichskanzler beim Mahe des Deutschen Landwirtschaftsrates ausgesprochen hat, werden dazu beitragen, die Gründungsprozeß zu beschleunigen. Was der Reichskanzler über die Verlehrtheit einer gewissen Sorte von Partikularismus sagte, wird jeder in Deutschland, der den Reichsgedanken und seine Bedeutung für unsere innere Geschlossenheit richtig erfaßt, mit Genugtuung vernommen haben. Wir haben einen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen, der die Bewunderung und das Staunen des Auslandes erregt. Mit diesem Staunen ist auf engste der Reich verbunden; dieser Reich beobachtet mit gespannter Aufmerksamkeit die Symptome der Eigenbröderlei, wie sie in jüngster Zeit im Norden des Reiches zu verzeichnen waren. Mag sein, daß er sie übersehen; es wäre aber eines Geschlechters, jede Gelegenheit partikularistischer Infektion sorgsam zu meiden. Mit Predigtung kann das deutsche Volk auch den Stimmungsumschwung verzeichnen, der sich in den Reichslanden geltend macht. Die sympathische Art, mit der die neuen Männer sich in Straßburg einführen, läßt erwarten, daß die Ruhe, die in Elsaß-Lothringen einkehrt, sich zu einer dauernden gestalten wird. Der erfreuliche mahdolle Ton, den die reichslandische Presse in der jüngsten Zeit anschlägt, scheint eine gewisse Bürgschaft für die Verwirklichung derartiger Wünsche zu bieten. Notwendig ist aber, daß nunmehr auch die übrige deutsche Presse der weiteren Entwicklung der Dinge in Elsaß-Lothringen Bohlwollen und Verständnis bezeugt und den aufrichtigen Willen befandet, in der Festigung des inneren Friedens in den Reichslanden in Ruhe und Weisheit mitzuwirken.

* Die Beilegung des bayerischen Ministerkonfliktes. Der bayerische Verlehrkönig v. Seidlein wird gegen Ende des Monats von seinem Erholungsurlaub, der zuerst einer Mission gleich schien, zurückkehren. Da sein Gesundheitszustand sich gebessert hat, wird er vorläufig die Amtsgeschäfte wieder übernehmen.

* Zur Elsaß-Lothringischen Statthalterfrage. Man hält es nach einer oft offiziell bedienten Korrespondenz für sicher, daß Fr. v. Schorlemer Staatsminister in Straßburg wird.

* Der Gesetzentwurf über die Gefährdung durch Wort und Bild. Über den vom Bundesrat angenommenen Entwurf eines Gesetzes gegen die Gefährdung der Jugend durch Verleihung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen schreibt die baltomärkische "Rundsch. Allg. Zeit.": "Von dem verschiedentlich geforderten Verbot der Verleihung von Schriften und Darstellungen, die geeignet sind, die Jugend füllig zu gefährden, ist mit Rücksicht auf die Blütligkeit der Grenze zwischen freier literarischer, künstlerischer und wissenschaftlicher Verleihung abgesehen. Die Einordnung des Verbots in die Generallordnung gewährleistet, daß durch sie nur die im Interesse des Jugendwahns gebotene Verhinderung in der Ausübung des Gewerbes erfolgt, daß daher die Freiheit der Kunst und Wissenschaft, z. B. beim Aushang von Gemälden in Sammlungen, bei der öffentlichen Aufstellung von Stadtbildern usw. durch den Gesetzentwurf nicht angetastet wird. In der so gesteckten Umgrenzung wird aber nicht nur des Aushangs oder die Ausstellung von Büchern und Abbildungen in Schaufenstern und im Ladeninnen getroffen, sondern u. a. auch die öffentliche Andringung von Ankündigungen der Lichtbildunternehmungen, die Ausstellung von Bildern und Figuren in Schaufenstern. Die natürliche Folge dieses Verbots wird eine Verminderung der Kauf- und Schaulust der Jugend und damit ein Rückgang in der Herstellung sein."

* Neues zur christlichen Gewerkschaftsfrage. Zu der Stundgebung der Joch Bischöfe der niederrheinischen Kirchenprovinz in der Frage der christlichen Gewerkschaften erklärt der Abgeordnete Bachtel: "Die christlichen Gewerkschaften haben zu dem Beschluss der Kölner Bischofskonferenz, der zweifellos ein Entgegenkommen gegenüber dem Standpunkt des Kardinals Kopf zeigt, noch nicht Stellung nehmen können. Es ist überhaupt fraglich, ob zu dieser Stundgebung überhaupt Stellung genommen wird. Die Gewerkschaften beharren unter allen Umständen auf den Beschlüssen, die in Dresden und Essen gefaßt worden sind, d. h. daß sie keinerlei Auffassung annehmen und kein Einvernehmen in die gewerkschaftlichen Angelegenheiten dulden werden. Die christlichen Gewerkschaften und ihre aus Wahl der Mitglieder hervorgehenden Institutionen sind interkonfessionell zusammengefaßt und beschließen nach eigenem Ermeessen. Die Einmischung von kirchlicher Seite ist daher ein Unding." — Aus Köln wird weiter gemeldet: Rechtsanwalt Schreiber hat im Auftrag der christlichen Gewerkschaften die Berufung, die in dem befohlenen Gewerkschaftsprozeß eingezogen wurde, zurückge-

zogen. Es handelt sich um den ausschenerregenden Prozeß, der vom 17. bis zum 20. März gegen eine Anzahl gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Zeitungen, u. a. gegen die "Arbeiterzeitung" und gegen die in Köln erscheinende "Aachener Zeitung" stattgefunden hat. Diese Blätter hatten Artikel gebracht, worin behauptet wurde, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften, die auf dem Kongreß in Essen in ziemlich energischer Weise Stellung gegen die Encyclopaediae singularis quadam charitate genommen hatten, vorher heimlich in die Hände des Bischofswesers Dr. Kreuzwald in Köln eine schriftliche Erklärung der Unterwerfung abgegeben hatten. Diese Behauptung war aus einem Artikel der "Vorwärtszeitung" und mehreren Artikeln der evangelischen Zeitung "Worburga" entnommen worden. In der Beweisauflistung wurde die Unrichtigkeit dieser lädenlosen Unterwerfung dargestellt. Es wurden u. a. als Belege vernommen Bischof Schulz (Waderborn), Generalvikar Dr. Kreuzwald, Dr. Karl Maria Hoffmann, Herausgeber der Kölner Korrespondenz und Wortschatz der integralen Rüstung im Katholizismus. Das Urteil leutele damals auf 50 bis 500 M. Geldstrafe, je nach der Schwere der gebrauchten Ausdrücke. Die Angeklagten hatten keine Berufung eingelegt.

* Die "Vollspürsorge" kontra "Deutsche Volksversicherung, A.-G." Gestern fand vor dem Landgericht in Berlin die Verhandlung in der Klageade der Gewerkschaftsgegnossenschaftlichen Versicherung A.-G. für Volksfürsorge in Hamburg gegen die Deutsche Volksversicherung A.-G. in Berlin statt. Als Vertreter der Klägerin ist der sozialdemokratische Reichstagabgeordnete und Rechtsanwalt Wolfgang Heine, für die Befragte Rechtsanwalt Ulrich erschienen. Die Klage gründete sich darauf, daß die Deutsche Volksversicherung in verschiedenen Rundschreiben die Behauptung aufstelle, bei der Volksfürsorge würden die Gelder der Versicherten letzten Endes dazu dienen, der Umsatzpartei einen streiten Kriegsschlag im Kampfe gegen den Gegenwartstaat zu schaffen. Die Klägerin verlangte nach § 14 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb die Unterwerfung der Behauptung und der weiteren Verbreitung der betreffenden Ausführungen. Nach längeren Ausführungen der beiden Anwälte fällte die Kammer das Urteil: Die Klage wird abgewiesen und die Kosten des Verfahrens der Klägerin auferlegt.

Parlamentarisches.

Gegen den Geburten-Rückgang. Mitglieder aller bürgerlichen Parteien — aus der Fortschrittlichen Volkspartei hat nur Friedrich Raumann unterschieden — haben im Reichstag einen Gesetzentwurf, betreffend den Verlehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten", beantragt. Der Antrag in Form eines Gesetzentwurfs lautet: § 1. Der Bundesrat kann den Verlehr mit Gegenständen, die zur Befreiung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder unterfangen. Das gleiche gilt bezüglich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände insoweit, als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht. Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag, wenn er versammelt ist, sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen. So weit der Bundesrat den Verlehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten. § 2. Mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Haft wird bestraft, wer einer Verlehrbejürgung oder einem Verlehrverbot oder dem Einfuhrverbot (§ 1) zuwiderhandelt. Ist der Verlehr oder die Einfuhr verboten, so kann neben der Strafe, auf Einziehung der Gegenstände erlassen werden, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören. Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auch die Einziehung selbständig erlassen werden. § 3. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Haft wird bestraft, wer einer Verlehrbejürgung oder einem Verlehrverbot oder dem Einfuhrverbot (§ 1) zuwiderhandelt. Ist der Verlehr oder die Einfuhr verboten, so kann neben der Strafe, auf Einziehung der Gegenstände erlassen werden, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören. Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auch die Einziehung selbständig erlassen werden. § 4. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit einer dieser Strafen wird, wenn nicht nach anderen geistlichen Bestimmungen eine schwerere Strafe verhängt ist, bestraft, wer Gegenstände, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Befreiung der Schwangerschaft bestimmt sind, öffentlich ankündigt oder anpreist. Diese Bestimmung findet keine Anwendung, so weit die Ankündigung oder Anpreisung in wissenschaftlichen Fachkreisen auf dem Gebiet der Medizin oder Pharmazie erfolgt.

Ein Sprachenantrag des Zentrums. Ein Zentrumsantrag fordert eine Vorlage, durch die der unbeschränkte Gebrauch der wallonischen, französischen und mährischen Sprache in öffentlichen Versammlungen landesgleich gewährleistet wird.

Heer und Flotte.

Der Abschied des Prinzen zu Wied von seinem Regiment. Das Offiziercorps des 8. Garde-Ulanen-Regiments in Potsdam, dem Prinz Wilhelm zu Wied bis vor kurzem als Mitt-

Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. "Rund um die Liebe" und "Die schöne Unbekannte", zwei neue Operetten von Oskar Straub, werden beide in der nächsten Saison in Wien ihre Uraufführungen erleben.

D'Annunzio und Mascagni haben sich zu einem neuen Opernwerk vereinigt. D'Annunzio hat den Opernreg. "Kinderkreuzzug", geschrieben, den Mascagni vertont.

Wissenschaft und Technik. Der Professor für pathologische Anatomie Dibbels in Tübingen ist zum Leiter der pathologischen-anatomischen Abteilung des neuen Krankenhauses in Mainz ernannt worden.

Der Privatdozent an der Würzburger Universität Dr. S. Flury hat den an ihn ergangenen Auf als Inspekteur des Arzneimittelwesens der türkischen Armee abgelehnt.

In Jena fand gestern abend im Volkshaus eine von 1800 Personen besuchte, vom Monistendubus veranstaltete "Kaffeefest" statt. Nach einem einleitenden Orgelvortrage mit Gesang hiesseln Dr. Heinrich Schmid und Institutsdirektor Braudmann Ansprachen. Die Feier wurde mit Orgelspiel und Gesang beendet.

Der norwegische Polarforscher und Komponist Loden, der auf einer mit deutschen und norwegischen Mitgliedern ausgerüsteten Expedition nach Nord-Canada unterwegs war, um dort die Maus und andere ethnographische Probleme der Eskimos zu studieren, hat in der Hudson-Bay-Schiffbruch erlitten. Die Expeditionsteilnehmer verloren alle Kleidungsstücke und fast ihre ganze Ausrüstung. Unter den schweren Anstrengungen gelang es ihnen, die Station Churchill zu erreichen. Loden liegt lebensgefährlich erkrankt darnieder.

Das Parlament von Tasmania (Australien) hat die Errichtung eines Nationalparks beschlossen, um die Fauna und Flora des Landes zu pflegen.

meister und Chef der 5. Eskadron angehörte, hatte gestern abend ein Abschiedsfeier für den iudeo-orthodoxen Regimentskameraden veranstaltet. Nach Tisch weilte der Prinz noch lange Zeit unter der Mannschaft seiner Eskadron.

Konteradmiral a. D. v. Brebow ist Samstag, den 14. Febr., in Kiel gestorben. Er trat 1875 in den Dienst der Marine und hat ihr 35 Jahre, zuletzt als Marineminister des Kaiser-Wilhelm-Kanals, angehört.

Eine Gedächtnisfeier. Die Überlebenden der "Brandenburg"-Katastrophe vom 18. Februar 1894, bei der 41 Personen das Leben einbüßten, trafen in Kiel aus dem Reiche zusammen und veranstalteten eine Gedächtnisfeier auf dem Marinfriedhof. Auf dem Mausgrabe der Kameraden legten sie Kränze nieder. Das Unglück, von dem hier die Rede ist, ereignete sich am 18. Februar 1894 zwischen 12 und 1 Uhr mittags, 3 Meilen vor Kiel auf der Abnahmefahrt des Panzerschiffes "Brandenburg". Die sämtlichen zwölf Räder des Schiffes waren in Betrieb, die Maschinen arbeiteten mit etwa 7000 PK. Das Unglück entstand durch Losreihen der Festigung des Dampfzugsverdunstes der Steuervordermaschine. Dadurch wurde dem Dampf aus sämtlichen Räumen der Weg in den mit Menschen angefüllten Maschinenraum freigegeben. Er verbreitete sich dort sofort, alles verbrennend, was er an lebenden Wesen vorhand, drang durch die offene Verbindungs türe in den Backmachinenraum, durch die Niedergangstüre in die darüber liegenden Räume für die elektrischen Maschinen, Destillierapparate und Vorrate, sein Vernichtungswert fortsetzend. Fast sämtliche in diesen Räumen Aufbewahrten müssen einem augenbläcklichen Tode verfallen gewesen sein, denn der ausströmende Dampf hatte eine Temperatur von etwa 180 Grad.

Das deutsche Geschwader in Rio de Janeiro. Das deutsche atlantische Geschwader, begleitet von den brasilianischen Panzerschiffen "Dedoro" und "Marshall Floriano", ist im Hafen von Rio de Janeiro eingelaufen. Es wurde von zahlreichen Motorbooten, die von Angehörigen der deutschen Kolonie besetzt waren, erwartet. Am Hafen hatte sich eine große Volksmenge eingefunden. Die Schiffe wurden zum Besuch freigegeben. Der Kommandant des begleitenden brasilianischen Geschwaders besuchte den Konteradmiral v. Rebeur-Paschwitz an Bord des "Kaisers".

Ausland.

Schweiz.

Stifahrer wegen Spionage verhaftet. Genf, 16. Febr. Wie aus Chamonix gemeldet, wurde in dem italienischen Grenzort Courmayeur eine Gesellschaft von Stifahrern als Spione verhaftet. Die Gesellschaft hatte unter Führung des deutschen Unterführers Navenel den Col du Bonhomme überschritten. In Courmayeur angekommen, wurden sie festgenommen und in einem Hotel unter strenger Beobachtung interniert. Navenel wurde in Militärarrest gebracht. Der Vermittlung eines Bergführers gelang es, am nächsten Morgen die Freilassung des Stifahrer zu erwirken.

Frankreich.

Engere Fühlungnahme im Dreiverband. Paris, 16. Febr. Nach einer aus London datierten, sichtlich offiziösen Meldung hat der russische Minister des Äußern Sazonow der englischen Regierung den Vorschlag gemacht, daß alle die Triple-Entente interessierenden Fragen in London zum Gegenstand vorliegender Prüfung zwischen Sir Edward Grey, dem russischen Botschafter Venecendorff und dem französischen Botschafter Paul Cambon gemacht werden. Der Zweck dieses Vorschlags sei, der Diplomatie der Triple-Entente-Mächte eine engere Fühlungnahme und eine raschere Aktion als bisher zu ermöglichen.

Militärreformen. Paris, 16. Febr. Kriegsminister Roubens hat in der Römer einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung der Cadres und der Mannschaftsstände der verschiedenen Waffengattungen vorgelegt. Demnach werden zwei neue Regimenter der berittenen Chasseurs d'Afrique und andere errichtet und in allen Kavallerie-Regimentern des Mutterlandes die Zahl der Mannschaften auf je 740 Reiter und die Zahl der Pferde auf 770 erhöht werden. Diese Maßnahmen, so führt der Motivbericht aus, werden es gestatten, die Kavallerie in einigen Stunden und anschließlich auf Grund ihrer eigenen Hilfsmittel zu mobilisieren. Ferner soll die Artillerie der zehn Kavalleriedivisionen auf je 3 Batterien erhöht werden, was die Errichtung von 14 berittenen Batterien zur Folge haben werde. Weiter sollen fünf Regimenter schwerer Artillerie errichtet werden. Den Artillerie-Regimentern werde überdies eine gewisse Anzahl von Automobilen zugesetzt werden, welche zur Beschießung der Luftschiffe und der Flugzeuge ausgerüstet werden sollen. Was die Infanterie anlangt, so sollten u. a. zwei neue Fußregimenter errichtet werden.

Ein Zusammenstoß von Torpedobooten. Toulon, 17. Febr. Heute nacht ist beim Manövriren das Torpedoboot "Poignard" von dem Torpedoboot "Gantass" im Golf von Juan gerammt worden. Beide Torpedoboots trugen ziemlich schwere Schäden davon und mußten ins Tod geschafft werden.

Ein gepanzertes Eindeder. Paris, 16. Febr. Eine Kommission besichtigte unter Führung des Leiters des Militärflugwesens, General Bernard, auf dem Areal von Paris einen gepanzerten Eindeder, welcher mit einem Maschinengewehr ausgestattet ist und zur Beschießung von Luftschiffen dienen soll.

Rußland.

Großfürst Konstantin. "Der König der Juden". Petersburg, 17. Febr. Vor etwa einem Monat ließ Großfürst Konstantin im privaten Kreise sein Schauspiel "Der König der Juden" aufführen. Das Schauspiel hatte solchen Erfolg, daß der Großfürst absichtete, es in einem Theater Petersburgs aufführen zu lassen. Gewisse politische Kreise, namentlich solche der rechts stehenden Parteien, bieten ihren ganzen Einfluß auf, um die Aufführung des Stüdes zu verhindern, da sie die Tendenz des Stüdes nicht für

orthodox genug halten. Gestern begab sich eine Abordnung nationalistischer Deputierter zum Erzbischof von Wolodek und bat ihn, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um den Heiligen Synod zum Verbot der Aufführung zu bewegen.

Die Korruption in der Petersburger Ddrana. Petersburg, 16. Febr. Als ein Nest unglücklich die Korruption hat sich nach einer unvermutet vorgenommenen Revision die heilige Ddrana herausgestellt. Die Beamten haben ihre Macht nur dazu gebracht, Erpressungen zu verüben und Schmiergelder zu erhalten. 239 Schulseute der Ddrana wurden aus dem Dienst entlassen. Eine große Anzahl anderer Beamter wird auf dem Verwaltungsweg bestraft werden.

Italien.

Zum Ursprung des Tripolikrieges. Rom, 16. Febr. Die "Agenzia Stefani" meldet: Einige Zeitungen brachten Gerüchte, die auch im Parlament ein Echo fanden, wonach Deutschland 1911 bestrebt gewesen sei, in Libyen politisch selbstständig vorzugehen. Diese Nachrichten entbehren jeder Grundlage, weil das Vorgehen Deutschlands vor, während und nach dem Kriege in Libyen in nichts Italien gegenüber hätte lokaler und freundlicher sein können. (Vergl. Letzte Droschkerie.)

Schweden.

Das neue Kabinett. Stockholm, 16. Febr. "Dagens Nyheter" und "Svenska Dagbladet" enthalten die Ministerliste, die dem Vernehmen nach vom Landeshauptmann Hammarskjöld vorgelegt und vom Könige genehmigt worden sei. Die Liste enthält folgende Namen: Landeshauptmann Hammarskjöld Ministerpräsident und Kriegsminister, Bankdirektor Wallenberg Minister des Außen, Obergerichtspräsident Hasselrot Justizminister, Fabrikbeisitzer Vennersten Finanzminister, Landeshauptmann v. Rydholm Minister des Innern, Professor Wenman Kultusminister, Schiffbaudreher von Göteborg Marineminister, Gutsbesitzer Kreiberg Landwirtschaftsminister, die Expeditionschef Stenberg und Linner sowie Oberst Mörde Minister ohne Portefeuille. Von offizieller Seite wird diese Liste heute weder bestätigt noch demontiert. Sicherem Vernehmen nach wird das neue Ministerium morgen ernannt werden.

Mittelamerika.

Weitere Siege der Rebellen auf Haiti. New York, 16. Febr. Eine Depesche aus Kap-Haitien meldet, daß die Truppen des Präsidenten Samor gestern die dem Senator Theodore anhängenden Rebellentruppen in zwei Gefechten bei Plaisance und Port de Bois im Norden Haitis in die Flucht geschlagen haben.

Japan.

Zum Tode des Baron Aoki. Berlin, 16. Febr. Die "Nordde. Allg. Zeit." widmet dem verstorbenen Staatsmann folgenden Nachruf: Baron Aoki ist einer der bedeutendsten Staatsmänner des neuen Japans gewesen, dessen auswärtige Politik in ihm einen hervorragenden und erfolgreichen Vertreter und Leiter hatte. Besonders eng waren seine dienstlichen und persönlichen Beziehungen zu Deutschland. Wiederholt ist er japanischer Gesandter in Berlin gewesen, nachdem er sich vorher schon als Legationssekretär an diesem Blaue betätigt hatte. 1875 vermählte er sich mit der Baronin von Rhaden und blieb dann noch zehn Jahre in Berlin, bis er in das Ministerium nach Tokio berufen wurde. Wenige Jahre später ging er nach Berlin zurück, wo er seine Bemühungen, dem deutschen Einfluß in dem aufstrebenden Japan die ihm gebührende Geltung zu sichern, fortsetzte. Nachdem er dann in seiner Heimat wieder verschiedene Ministerposten bekleidet hatte, übernahm er die Botschaft in Washington. Seine persönlichen Beziehungen zu Deutschland erhielten eine weitere Bereicherung durch die Vermählung seiner Tochter Hsiao mit dem Grafen von Hatzfeldt, der damals Legationssekretär an der deutschen Gesandtschaft in Tokio war. So gilt die Trauer über sein Hinscheiden nicht nur dem verdienten Staatsmann, sondern auch dem bewährten Freunde Deutschlands.

Zum Befestigungsstandal. R. Tokio, 16. Febr. Im Oberhaus hat der Marineminister bekannt gegeben, daß Admiral Fujii und Kapitän Sawafuso wegen Beteiligung an der Befestigungsangelegenheit vor das Kriegsgericht gestellt würden. Auf die Anfrage, warum der Premierminister und der Marineminister nicht demissionierten, erklärte der Premierminister, daß man das Ergebnis der kriegsgerichtlichen Verhandlung abwarten wolle. Zurzeit stehe noch nicht fest, ob es sich um Korruption allgemein oder ob es sich um einen Einzelfall handelt.

Australien.

Kleischerkrieg und Hungersnot. Sydney, 16. Febr. Anfolge des Auslandes der Schlägergesellen in der Stadt und den Vorstädten sind die Schläger ohne Fleischwaren. Eine Hungersnot hat begonnen. Die Restaurants sind nicht imstande, frisch Fleisch zu beschaffen.

Melbourne, 16. Febr. Zweihundert Schläger haben in den Schlachthäusern der Stadt Melbourne die Arbeit niedergelegt. Man macht sich am 17. Februar mit einem ernstlichen Fleischmangel in Melbourne gefaßt.

Luftfahrt.

Eine prinzliche Fliegerfahrt.

Berlin, 17. Febr. (Vgl. Druckbericht) Eine Herrenfliegergruppe beschäftigt jetzt Prinz Friedrich Sigismund von Preußen seiner Fliegergruppe anzugliedern. Der Prinz entwidelt sich mehr und mehr zum Flugzeugindustriellen. Er hat bekanntlich den tüchtigen Siegfrieder als Fluglehrer engagiert. Der aus Schweden stammende Ingenieur B. Forsmann ist vom Prinzen als technischer Berater angestellt.

Die letzte Probefahrt des "Z. 7" unter Graf Zeppelin. Berlin, 17. Febr. Um die letzte Probefahrt des für die Militärverwaltung bestimmten "Z. 7" persönlich zu leiten, traf gestern Graf Zeppelin in Potsdam ein. Gegen 8½ Uhr

bestieg er die Führergondel. Der "Z. 7" erreichte in 17 Minuten Berlin. Hier ließ der Graf das Luftschiff seine Schleifen ziehen, wobei es Höhen von 1200 bis 1500 Meter erreichte. Auf der Rückfahrt nach Potsdam wurde der Wannsee in etwa 2000 Meter Höhe überflogen.

Ein englisches Urteil über deutsches Flugwesen. London, 16. Febr. Die "Daily Mail" lehnt die Aufmerksamkeit auf die großen Fortschritte, die Deutschland im Flugwesen gemacht hat. Während noch vor wenigen Monaten Frankreich den Vorrang hatte, ist jetzt jeder Kondor von militärischer Bedeutung in deutschen Händen. Den Hauptgrund für diese Leistungen sieht das Blatt in der außerordentlichen Zuverlässigkeit der deutschen Maschinen, denen bisher weder in Frankreich noch in England Gleichwertiges an die Seite zu stellen sei.

Todessturz eines amerikanischen Offiziersfliegers. New York, 16. Febr. In Pensacola (Florida) stürzte Lieutenant Murrow vom Fliegerkorps der Marine mit seinem Aeroplano aus einer Höhe von 800 Fuß ab und ertrank in der Bucht.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Todessfall. Gestern früh entschlief nach längerem Leiden der Königl. Baurat Johann Heinrich, genannt Georg Schepper, der seit einer Reihe von Jahren im Ruhestand hier ansässig war, im 87. Lebensjahr.

— Professor Dr. v. Mises über deutsches und französisches Flugwesen. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Mittelrheinischen Vereins für Luftfahrt mit dem Verein deutscher Ingenieure hielt Professor Dr. v. Mises aus Straßburg einen Vortrag über "Deutsches und französisches Flugwesen". Der Redner führte ungefähr aus: Mehr als auf anderem Gebiete der Technik ist das Flugwesen stark national differenziert. Die Franzosen verdanken ihren Vorsprung hauptsächlich dem Umstand, daß die Brüder Wright sich dort niedergelassen, ein Anstoß, welcher den dort schon im Gang befindlichen Versuchen einen anerkennenswerten Aufschwung gab. Sie zeigen in jeder Hinsicht charakteristisch und deutlich ausgeprägte Unterschiede in den Typen der Flugzeuge und Motoren gegenüber den deutschen. Den weithin berühmten Erfolgen der französischen Flieger in Höhen-, Geschwindigkeits- und Streckenreorden stehen allerdings heute schon nennenswerte und vielfach gleichwertige Leistungen auf deutscher Seite gegenüber, die besonders dadurch gekennzeichnet sind, daß fast alle Modelle mit hohen Belastungen auf deutscher Seite sind. Auch die Dauerfahrt von Stoffler, Langen und Ingold dürfen sobald von den Franzosen nicht überboten werden. Unter den deutschen Flugzeugen ist nur die Taube von der französischen Schule ganzlich unabhängig. In der Taube und den modernen Doppeldeckern, deren Typ zuerst von der Luftverkehrsgesellschaft neu entwölft wurde, befinden die Deutschen vorzülliche Apparate, mit denen große Leistungen möglich sind und auch dank den endlich betriebssicher hergestellten Motoren ausgeführt werden. Aber unabdinglich ist die Aenderung nach anderen Flugzeugtypen, welche für militärische Verwendung oder sportliche Zwecke große Dienste leisten werden, und für deren Konstruktion der leichte französische Rotationsmotor Vorauflösung ist. Ist doch der Gewichtsunterschied selbst unter Berücksichtigung des höheren Benzink- und Ölverbrauchs der Rotationsmotoren bei den normalen Flugzeiten noch so erheblich, daß die Konstruktion des ganzen Flugzeugs durch den schweren Motor behemmt wird. Insbesondere wird durch die bei den schweren Motoren erforderliche vordere Schraubenanordnung die Aussicht verschlechtert und der Gebrauch von Schraubwaffen erschwert. Darin, daß die deutsche Industrie bisher noch keinen brauchbaren Rotationsmotor hervorgebracht hat, liegt der größte Nachstand, an dem unser Flugwesen leidet. Der Grund hierfür ist in der vollständigen Zurückhaltung des Kapitals zu suchen, die ihrerseits wieder eine Folge der leider noch zu geringen Popularität des Flugwesens ist. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn durch einen energischen Aufschwung der öffentlichen Meinung die Verhältnisse in dieser Richtung verbessert werden könnten.

— Aus dem Jahresbericht der Tischler-Bewilligung. Eine an den Magistrat gerichtete Eingabe, betreffend die Erhöhung des Stundenlohns für die städtischen Arbeiten, hat den Erfolg, daß eine Erhöhung des selben auf 85 Pf. zugestanden wurde. Auf Grund einer gemeinsamen Beratung der mittelrheinischen Schreiner-Innungen und Vereinigungen ist an die Militärintendantur in Frankfurt ebenfalls das Ersuchen um Erhöhung der Stundenlöhne gerichtet worden, und es wurde dem Erwischen entsprochen unter der Voraussetzung, daß auch die Stadtverwaltungen die höheren Preise bezahlen. Über die Festsetzung von Normalpreisen wird noch verhandelt. Es ist Aussicht dafür vorhanden, daß von den Innungen usw. vereinigte Preise bei der Vergabe von Arbeiten durch die Militärbauabteilung angesetzt werden. Die allgemeine Geschäftslage hat sich nicht geändert, aber verschlechtert. Da die private Betätigkeit auch im laufenden Jahre keinen Aufschwung nehmen wird, so ist an vermehrte Arbeitsgelegenheit nicht zu denken. Von der Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises, wie er vom hiesigen Arbeitsamt angezeigt ist, soll vorerst noch abgesehen werden. Der Zeichenunterricht in der Gewerbeschule soll demnächst in die Woche verlegt werden. Bei Gelegenheit einer Besprechung der Angelegenheit waren alle Beteiligten mit Ausnahme von einem der Meinung, daß der Unterricht recht wohl abends von 8 bis 10 Uhr stattfinden könnte, weil dem aber gezielte Bestimmungen entgegenstehen, sollen die Stunden von 6 bis 8 Uhr in Vorschlag gebracht werden. In Mainz werden die laufenden Schreinerarbeiten der Innung übertragen, welche dieselben nach einem festgelegten Turnus an die auf dieselben Anspruch erhebenden Mitglieder verteilt. Am Platz soll versucht werden, einen gleichen Modus einzuführen.

— Senkberth'sche August- und Minchen-Stiftung. Die diesjährige Hauptversammlung der Senkberth'schen August- und Minchen-Stiftung fand hier unter dem Vorsitz des Oberststiftmeisters Dandelman statt. Nach dem Redenchor, den Regierungsrat Wieseborn über das abgelaufene Jahr erstaunte, betrugen die Einnahmen aus Kapitalvermögen 3229 M. 34 Pf. dazu kommt der vorhandene Bestand von 2893 M. 26 Pf. so daß die Gesamteinnahmen sich auf 6122 M. 60 Pf. stellen, denen an Ausgaben 3195 M. 70 Pf. gegenüberstehen. Der sich daraus ergebende Bestand ist auf 2020 M. 90 Pf. berechnet. Von letzterer Summe werden als Unterstützungen für 1914 2200 M. in 25 Höllen zur Verteilung vorgeschlagen und soll der Rettungsgewähr zur Vermehrung des Stiftungskapitals verwandt werden. Das

Stiftungsvormögen betrug am Ende des Jahres 1913 53.600 M. An Unterstützungen sind seit dem Bestehen der Stiftung — seit 1881 — im ganzen in 707 Fällen 53.115 M. an Kinder von Forstschulbeamten im Regierungsbezirk Wiesbaden als Beihilfen zu den Kosten ihrer Ausbildung für einen Lebenberuf gewährt worden. Die Versammlung genehmigte die vorgelegten Unterstützungen für 1914 und wählte den stellvertretenden Vorsitzenden, Geheimen Regierungsrat und Forstrat Conrad, und die Beisitzer: Forster Wehl (Dohheim) und Forster Budde (Schwanheim a. N.) wieder.

Steigende Kartoffelpreise. Die Kartoffelpreise sind in den letzten Tagen außerordentlich hoch in die Höhe gegangen und dürften infolge der großen Nachfrage noch weiter steigen. Wie aus landwirtschaftlichen Kreisen mitgeteilt wird, hängt diese Auswirkung mit beträchtlichen Auffäulen zusammen, die seit kurzem vom Ausland, besonders Frankreich, vorgenommen werden. Auch der wochenlange Frost hat in ziemlichem Maße preissteigernd gewirkt. Im frühen Februar verfügen viele Landwirte noch über bedeutende Vorräte, die sie im letzten Herbst nicht abgesessen in der Lage waren.

Gottesdienste für erwachsene Taubstumme. Die nächsten Gottesdienste für erwachsene Taubstumme sollen stattfinden: Am Sonntag, den 15. März, in Camberg in der Kirche vormittags 11 Uhr, verbunden mit der Feier des heiligen Abendmahl, durch Pfarrer Kaiser daselbst, und am Sonntag, den 22. März, in Herborn im Chor der Kirche im Anschluß an den Vormittagsgottesdienst 11½ Uhr, verbunden mit der Feier des heiligen Abendmahl, durch Dekan Ernst zu Kosteln. Auch im Konfirmandendienst der Lutherkirche zu Wiesbaden wird demnächst an einem noch nicht näher bestimmten Sonntag ein mit der Feier des heiligen Abendmahl verbundener Gottesdienst für Taubstumme stattfinden. Amtierender Geistlicher wird Pfarrer Waller zu Grebenheim sein.

Aufnahmehindernis. Verschiedene hiesige Geschäftsführer erhielten in den letzten Tagen von einer Hamburger Kolonialwaren-Engros-Firma Postaufräge über angebliche Reiseforderungen zur Einschöpfung übermittelt. Es handelt sich meist um Beträge von 30 bis 50 M. Anfragen bei der Hamburger Firma ergaben, daß diese nicht die Absenderin war. Es handelt sich also um einen Schwindel, der zur polizeilichen Anzeige gebracht wurde.

Brandenverlust. Am Hotel "Adler Baddaus" sind eingetroffen: Frau Generalleutnant v. Gottberg, geb. von Knebel aus Wildau Potsdam und General von Gaddanoff und Gattin aus Dorpat (Livland).

Taubstatti-Sammlungen. Den Tagblatt-Verlag gingen zu: Für Frühstück für Schulfinder: als Spargelder von zwei Würden Hotel "Imperial" 5.70 M.

kleine Ratten. Begegnen der Aschenrechte des Chevaux de Temps in Leipziger Straße 31. und mit, daß dieselben bestimmt in zwei kleinen Blechbüchsen in dem Gedenkstein bei Temmendorf aufbewahrt seien. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurden aus einem Garten rechts der oberen Döbner Straße drei Stallhäuser (ein schwarzer und zwei graue) gestohlen.

Dorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Königliche Schauspiele. Heute gelangt "Mignon" mit Frau Sträuber in der Titelpartie zur Aufführung (Abonnement A). Für morgen (Abonnement B) ist eine Wiederholung von Lebens beliebter Operette "Coo" in der bekannten Begegnung festgelegt worden, während am Donnerstag im Abonnement D "Aida" mit Art. Kridt in der Titelpartie, Art. Head als "Ammens" und den Herren Edard (Adonis), Giese, Winkel (Amneris), Schubert (Radames) in Szene geht. Die nächste Aufführung der Operette "Volksblut" findet am Samstag bei aufgebotenem Abonnement statt.

* Konzert. Das Spanienbergsche Konzertoratorium veranstaltet Mittwoch um 5½ Uhr im kleinen Saale des "Wartburg" eine Kammermusik-Aufführung von Schlämmen der Oberaltschule. Zum Vortrag gelangen: ein Klavier-Trio (G. Dau) und eine Sonate (Mondsteinsonate) von Beethoven sowie Weber von Orléans.

* Vorträge. Der 6. (letzte) der freimaurerlichen Vorträge des 82-jährigen Anlasses findet Mittwoch, 5½ Uhr, im Saale der Oberaltschule (Kistemeng) statt. Mr. Verlaut aus Mandelstorf wird eine Reaktion geben: "Scenes and stories, retold and depicted by dramatic exposition".

Der zweite Volksvortrag, der am nächsten Freitag, 8½ Uhr, ebenfalls im Saale der städtischen Oberaltschule (Kistemeng) stattfinden soll, wird den "Räuber der königlichen Straßen für die Behandlung der inneren Organe" zum Gegenstand haben.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Aus der Schiersteiner Gemeindevertretung.

hw. Schierstein, 16. Febr. In der heute abend unter dem Voritz des Bürgermeisters Schmidt stattgefundenen Gemeindevertretersitzung waren 2 Schöffen und 14 Vertreter anwesend. Zunächst erfolgte die Bezeichnung des Haushaltswortvortrags für das Rechnungsjahr 1914. Der vom Gemeindevorstand und einer gewählten Kommission aufgestellte Haushalt verzeichnet eine Einnahme von 178.675,88 M., eine Ausgabe von 178.625,06 M., mitin eine Wehrcheinabnahme von 50,72 M. Vorgetragen ist dabei eine Erhöhung des Zuschlags zur Einfuhrsteuer um 10 Proz. zu einer anderweitigen Reduzierung des Nebstbetrages unmöglich ist. Der Vorstehende verließ ein Gesuch das hiesige Bürgervereins, in welchem dieser bittet, von der Vornahme einer Steuererhöhung abzusehen, und zwar mit der Begründung, daß der Nebstbetrag wegen erforderlicher Reibversteuerungen aufgrund der Vertragsvereinbarungen zum Wehrbeitrag ausgedient wurde. Nachdem der Vorstehende eine Befürchtung dieser Art bestreit und Gemeindevertreter Dr. Bauerhöfer eine Erhöhung der Einfuhrsteuer um 10 Proz. vorgefordert hat, schied man zur Abstimmung. Mit 10 gegen 5 Stimmen wird eine Erhöhung der Einfuhrsteuer um 10 Proz. beschlossen. Es betrifft die Zulässigkeit für die folgenden 140 Proz. zur Einfuhrsteuer, 180 Proz. zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie 100 Proz. zur Betriebsteuer. Sodann lag vor die Genehmigung eines von der städtischen Wasserbaubehörde in Vinsenbrück aufgestellten Rechtes. Es handelt sich um Verbesserung des Anlaßes des Städtebaulich erforderlichen Teiles der Reibversteuer. Der jährliche Rechtpreis beträgt 100 M. Einige von der Wasserbaubehörde gestellte weitere Bedingungen wurden zugestimmt und der Abschluß des Vertrages genehmigt. Auf Antrag des Kontrol. Komittees wurde beschlossen, das Organisationsamt in der biegen evangelischen Kirche in dauernde Verbindung mit einer Gebetsstube zu bringen. Bei der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde bei schriftlich hohen Kreisen ein Ertrag von 8287 M. erzielt. Die Vertriebsergebnisberechnung wurde erzielt. Zum Schluß verließ der Vorstehende noch ein Schreiben der Abengau-Elektrizitätswerke in welchem diele bitten, daß ihnen einelectric alleinig. Recht zum Verkauf elektrischer Leistungen seit um 10 auf 12 Jahre (ab 1. August 1912 bis 1. August 1924) zu verlängern. Als Begegnung soll der Strompreis pro Kilowattstunde Leistungstrom schon vom 1. Februar 1914, anstatt vom 1. Januar 1915 ab von 45 auf 40 Pf. herabgesetzt werden. Der Verlängerung wird zugestimmt.

ss Erbenheim, 16. Febr. Unsere Gemeindevertretung ist neu zu besetzen. Gemeindet haben ihre Meldungen bis zum 18. d. M. auf hiesige Bürgermeisterei einzureichen.

— Kommanden Freitag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, hält der "Haus- und Grundbesitzerverein" im Gaithaus "Zum Schwanen" (Besitzer Heinrich Werten) eine Generalversammlung ab. Nachdem Handwerkskammerhauptmann Schröder (Wiesbaden) einen Vortrag über die "Krankenfassungsversicherung" gehalten haben wird, erfolgt eine Besprechung über die bevorstehenden Gemeindewahlen. — Morgen hält die Ortsgruppe Erbenheim des "Vereins für die Landwirtschaft" in der Landwirtschaft von Wiesbaden und Umgegend" seine Jahrestagerversammlung im "Engel" ab. Nach den Rechenschaftsberichten erfolgt die Neuwahl des Vorstandes, eines Vertretermannes und dessen Stellvertreters.

st. Ingelheim, 16. Febr. Der hiesige "Krieger- und Militärverein" hält in der "Schönen Aussicht" seine Jahrestagerversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorstehende, Bürgermeister Steinmüller, leitete die Versammlung. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Die Kaisergeburtstagsfeier wurde am 27. Januar im engeren Kreise abgehalten. Demzufolge plant der Verein, am Sonntag, den 1. März, noch eine Kaisergeburtstagsfeier zu veranstalten. Das Interesse an den Schießwettbewerben auf dem Vereinsgelände ist gleichmäßig, entgegen dem Vorjahr, zu wünschen übrig.

— Erbenheim, 16. Febr. Der auch in weiteren Kreisen bekannte Burgvogt Ginz, Besitzer des Guts Hauses zur "Burg Erbenheim", ist heute morgen nach längerem Leiden gestorben. Er hat ein Alter von etwa 70 Jahren erreicht.

Nassauische Nachrichten.

— Limburg, 16. Febr. Die Ehreute Königl. Eisenbahnwerkmeister a. D. Hermann Kölges und Frau feiern am 22. d. M. die goldene Hochzeit. Herr Kölges ist 80, seine Gattin 78 Jahre alt.

— Herborn, 16. Febr. Der Lehrer a. D. A. Böhl hiefst ist im 78. Lebensjahr gestorben. Er war aus dem hiesigen Amt gebürtig, stand zuerst in Siegenroth, Rodenburg und Oberfeld und dann bis 1908 an der hiesigen Volksschule. 1905 feierte er sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Aus der Umgebung.

Traurige Folgen der Arbeitslosigkeit.

Rosbach, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Infolge längerer Arbeitslosigkeit wurde der Schmied Franke in Wolfenbüttel aus seinem schwermütig. Zu diesem Zustand überfiel er heute seine Frau und drei Kinder und verlebte sie mit Beißhieben schwer. Zwei Kinder sind bereits gestorben, darunter ein Säugling von 5 Monaten. Der Mann wurde verhaftet.

Gerichtszaal.

ht. Schwere Strafe für einen Schwindler. Frankfurt a. M., 16. Februar. Der 53jährige, aus Berlin gebürtige Kaufmann Otto Ernst Friedrich bereiste von Juni 1912 innerhalb 4 Monate ganz Deutschland und besuchte nicht weniger als 22 Großstädte, wo er meist von seiner früheren Tätigkeit als Reisender her ihm bekannte reiche Damen aufsuchte und sich als Kassenherr des "Vaterländischen Frauenvereins" ausgab und Gelder erzwang. In Süddeutschland wurde Friedrich verhaftet und in Karlsruhe zu 1½ Jahren Zuchthaus und später in Leipzig zu ebenfalls 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Revision gegen die beiden Urteile wurde verworfen. Vor der hiesigen Strafammer wurde er heute unter Anrechnung der in Karlsruhe und Leipzig verhängten Strafen zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 8 Monaten Zuchthaus und 3800 Mark Geldstrafe verurteilt.

ht. Asya Lügemburg vor dem Strafrichter. Frankfurt a. M., 16. Febr. Am Freitag findet vor der hiesigen Strafkammer ein Prozeß gegen die sozialdemokratische Schriftstellerin Asya Lügemburg statt, die sich wegen Aufforderung zum Ungehörigen gegen die Obrigkeit zu verantworten hat. Die Angeklagte soll die intimierten Auseinandersetzungen im Dezember v. J. in einer öffentlichen hier abgehaltenen Versammlung getan haben.

Sport und Spiel.

lk. Rhein- und Taunusclub Wiesbaden. Die zweite Hauptversammlung des "Rhein- und Taunusclubs" vereinte beim Abmarsch in Eltville etwa 130 Teilnehmer. Nach Bekanntgabe der altehrwürdigen St. Valentinsfeier in Siegburg erfolgte der Aufmarsch nach Hassen d. S. H. Eine 30 Zentimeter hohe Schneeschicht bedeckte noch den Weg zur Hassenfeier. Nach dem Abmarsch nach Hassenfeier und dem gemeinschaftlichen Wahl im Gasthaus "Zur Sonne" fand in eigner "Heimausstellung" die Heimfahrt von Hassenfeier aus statt. Mit dieser Wanderung hielten Herr und Frau Zippel die 25. Wanderung in ununterbrochener Folge zu. — Die ordentliche Mitgliederversammlung (Jahres-Hauptversammlung) findet am Donnerstag, den 19. Februar, im Klubsaal "Turmgesellschaft" statt. — Der vierte Vortragsabend findet am Donnerstag, den 5. März, abends 9 Uhr, im Saal der höheren Mädchenschule am Markt statt.

st. S. Turnier deutscher Pferde. Auch das Programm des dritten Tages wechselt sich am Montag wieder vor vollbesetztem Hause ab. Am stärksten beeindruckt war der Preis von Altdorf, eine Materialprüfung für Reitpferde, an der nicht weniger als 41 Konkurrenten teilnahmen. Der Sieg fiel an Frau v. Gottberg, die Dr. Kunheims Löhegen Schimmelwallach "Vajall" 2 zeigte. Im Damenspringen endeten Frau v. Roers und Frau v. Bunde im letzten Rennen auf den ersten Plätzen. Der Ehrenpreis fiel durch das Los an Frau von Bunde. In der deutschen Armee-Dressurprüfung für alte Reitpferde sah man acht von Offizieren der betreffenden Regimenter gerittene ostpreußische Pferde von schönem Esterieur. Im Springen verfolgten jedoch die meisten von ihnen. Der "Pianofortesprung" schien für sie ein zu ungewohntes Hindernis zu sein. Eine Sondervorführung von Geponnen des Kaiserl. Marstalls, die vom Prinz von Thurn und Taxis geleitet wurde und viel Beifall fand, beschloß den Tag.

Neues aus aller Welt.

Großfeuer in der Wormser Kaserne. Worms, 17. Febr. Gestern abend brach in der Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 118 Feuer aus. Der Dachstuhl des Gebäudes, in dem die 4. Kompanie untergebracht ist, wurde eingestürzt.

Drei Feuerwehrleute verunglückten. Berlin, 16. Febr. Bei einem Dachstuhlbord im Hause Birkenstraße 2b verunglückten heute nachmittag die Feuerwehrleute Fehrmann,

Schönenbach und Höpner. Zwei von ihnen wurden in schwerer Verletzung Zustand nach dem Krankenhaus gebracht.

Die schweren Stürme im Kanal. London, 16. Febr. Während der schweren Stürme der letzten Tage wurde der holländische Dampfer "Dorothea", der mit Einwanderern von Spanien nach Rotterdam unterwegs war, an der Nordseeküste zwischen Vlissingen und Vlissingen auf Land geworfen. Die Mannschaft wurde gerettet. Der Hafen von Dover ist mit Fahrzeugen überfüllt. Der Dampfer "Carmania", der von Liverpool nach New York unterwegs ist, war gestern nicht zu landen, in den Hafen von Queenstown eingelaufen. Aus vielen Teilen des Landes werden Überflutungen gemeldet. Die Distrikte in der Nähe von Lancaster und Carlisle und der mittlere Teil von Sussex stehen fast gänzlich unter Wasser.

Die Schneestürme in Amerika. New York, 16. Febr. Die Winterstürme, die vorige Woche begonnen haben, dauern an und verursachen auf allen Bahnen große Verkehrsstörungen. Die Postzüge aus Chicago kommen mit zehn Stunden Verspätung an. Bei den Untergrundbahnen und anderen hiesigen Verkehrsysteinen steht sich der Verkehr eng. Der Feuerwehrkommissar tritt mit, daß die Feuerwehrstationen so gut wie eingeschlossen seien und fordert die Bevölkerung auf, besondere Vorbereitungen gegen den Ausbruch von Feuer zu treffen.

Ein im Eis eingeschlossenes amerikanisches Kriegsschiff aufgegeben. St. John (Neufundland), 16. Febr. Der Schlepper "Potomac" von der amerikanischen Flotte, der an der Westküste von Neufundland im Eis festgehalten ist, ist am Samstag aufgegeben worden. Offiziere und Mannschaften, zusammen 88 Mann, haben die Flotte ohne Unfall erreicht.

Ein Bombenanschlag. Traat, 16. Febr. Am Kunden des zurzeit unbewohnten Hauses in Vorberg fand man im Garten zwei Bomben, die mit Sprengschnüren versehen waren. Bis zu halber Armlänge waren diese abgebrannt. Der Verbrecher, der wahrscheinlich aus Niedersachsen, ist völlig unbekannt. Die Bomben waren mit Sprengstoff geladen und hätten, wenn die Schnur nicht erloschen wäre, das ganze Gebäude in die Luft gesprengt.

Beim Segeln auf dem Eis ertrunken, Berlin, 17. Febr. Beim Segeln auf dem Eis des Müggelsees geriet ein junger Berliner auf das offene Wasser bei der Dahmebrücke Wündung. Man hörte Schreie, doch war es unmöglich, rechtzeitig zu helfen. Die Leiche ist noch nicht geborgen worden.

Wort- und Schimpfwortverbot im Wabern. Radenburg, 17. Febr. In der Nähe der Badeanstalt wortete eine Frau vor den Augen vieler Passanten ihr fünfjähriges Söhnchen in den Fluss und sprang dann selbst nach. Der Sohn ertrug, die Mutter, die nebenstand, ist wurde gerettet.

Ein der Galerie in das Badetelt gekürzt. Wachenau, 17. Febr. Im Städttheater wurde gestern das 15jährige Mädchen Elli Fischer von der Galerie in das Badetelt. Das Mädchen verlor das Bewußtsein, ertrug aber außer dem Brüde des Rattenkäfigs keine Verletzungen. Ein Herr im Badetelt, auf dem das Mädchen fiel, wurde im Gesicht leicht verletzt.

Das gefährliche Spiel mit Schiebwafern. Königs Wusterhausen, 17. Febr. In einem Abteil 8. Klasse des Busses Berlin-Königs Wusterhausen spielte ein junger Mann mit einem Revolver. Die Waffe entlud sich, wobei zwei Reisende leicht verletzt wurden.

Dieb und Bankräuber in einer Kirche. Nürnberg, 17. Febr. An die Konzilskirche St. Anna brachen Diebe ein und stahlen mehrere Medaillen und andere Gegenstände in Wund.

Der Bolener Sittenstand. Bolzen, 17. Febr. In den aufsehenerregenden Sittenstand werden immer mehr Personen, teils aus angesehenen Familien, hineingezogen. Gestern aufwärts vier Personen verbotet. Außerdem wurde eine auf der Durchreise bestrafe Schuhstücklerin wegen Sittlichkeitsvergehens in Haft genommen. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Das Melanomstraßde. Gräb (Schlesien), 17. Febr. Groß Melanom wird am Mittwoch aus dem hiesigen Gerichtsgericht nach Breslau überführt, wo am Freitag und Samstag die Schmerzverlinderungsverhandlung gegen ihn stattfindet.

Ein Bobstieb in eine Sichtschutzzelle gekauft. St. Moritz, 17. Febr. Auf der die Tribune ins Bühnrum führt ein Bobstieb über die Tribune ins Bühnrum. Rechte Personen wurden verletzt, einige davon schwer.

Der Gewalt im Hause Westenburg. London, 17. Febr. Der Richterhof für Entscheidung bat gestern in dem Prozeß, den die Grafin Cosmopolitan James gegen ihren früheren Gatten, den Herzog Bernon von Westenburg, auf Wiederherstellung der ehemaligen Gemeinschaft anstrengte, das Urteil gefällt. Der englische Richterhof wies die Klage ab und erkannte damit die Rechtmäßigkeit des Urteils an.

Ein französischer Dampfer gestrandet. Woods Hole (Massachusetts), 17. Febr. Der französische Dampfer "Mona" von der Havre-Linie meldet darüber, daß er bei der Insel Monomoy in der Nähe der Insel Martha's Vineyard auf Grund geraten sei. Es herrsche starker Schneesturm, doch sei das Schiff nicht gesunken und es besteht keine unmittelbare Gefahr.

Letzte Drahtberichte.

Der Reichszuschuß für die olympischen Spiele angenommen!

S. Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Reichstag nahm heute zu Beginn der Sitzung den Antrag, die erste Rente des Reichszuschusses für die olympischen Spiele, die in der Kommission geprüft worden waren, wiederherzustellen, mit großer Mehrheit an. Ein erheblicher Teil des Zentrums stimmte für den Antrag. Das Ergebnis wurde mit lauem Beifall begleitet.

Zur Erkrankung des Kronprinzen.

wh. Berlin, 17. Febr. In dem Befinden des Kronpr

